

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 31.

Dienstag, den 6. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Landtagswahlen in Bayern.

Gestern fanden die mit großer Spannung erwarteten Landtagswahlen in Bayern statt. Handelte es sich doch darum, ob es gelingen würde, die Zentrumsmehrheit im Landtage zu brechen. Zu diesem Zweck hatte sich ein Großblock einschließlich der Sozialdemokraten gebildet, der geschlossen den Kampf gegen die Schwarzen aufnahm. Leider ist das Ziel: Zertrennung der Zentrumsmehrheit im Landtage, nicht völlig erreicht worden, trotzdem den schwarzen Gesellen eine Anzahl Mandate abgenommen worden sind. Sie hatten bisher 98 und haben jetzt nur 87 Mandate inne. Wohl aber ist es gelungen, die bisherige Zweidrittel-Mehrheit des Zentrums zu brechen, so daß dieses allein nicht mehr wie bisher imstande ist, Verfassungsänderungen durchzusetzen. Das ist immerhin ein Erfolg von ziemlicher Tragweite. Der erste Schritt zur Zertrennung des Zentrumsturmes in Bayern ist getan; hoffentlich gelinzt es bald, die Macht des Zentrums auch in Bayern vollständig zu brechen.

Das Gesamtergebnis der gestrigen Wahl ist folgendes:

- 87 Zentrum,
- 7 Bund der Landwirte,
- 35 Liberale und Deutscher Bauernbund,
- 4 Bayerischer Bauernbund,
- 30 Sozialdemokraten.

Im letzten Landtage hatten wir 21 Sitze inne, wir haben also neun Sitze gewonnen. Gewiß ein gutes Resultat angesichts der Großblocktaktik.

Bemerkenswert sind die Siege des Großblocks in Lindau, Rempten sowie in Traunstein, wo ein Hauptagitator des Zentrums, Königshauer, gegen den Führer des Bauernbundes, Eisenberger, durchgefallen ist. Dagegen hat das Zentrum Wasserburg dem Bauernbund abgenommen. Von Parteiführern wurden gewählt: Dr. Orterer (Zentrum) in Ingolstadt, Dr. Casselmann (Liberal) in Bayreuth und Dr. Müller-Meininger in Hof. Der Präsident des Bayerischen Lehrervereins, Schubert, wurde wiedergewählt, dagegen wurde Bamberg, der alte Stammsitz des Zentrums, den der Kaplan Dr. Schädler innehatte, von dem liberalen Messerschmied Heß erobert. In Nürnberg sind wieder fünf Sozialisten und ein Liberaler gewählt worden. Ebenso ist in sämtlichen 12 Münchener Stadtwahlkreisen der Großblock mit 4 Liberalen und 8 Sozialdemokraten durchgekommen. Der letzte Münchener Zentrumswahlkreis, München-Land, wurde vom Großblock durch einen Sozialdemokraten gewonnen. Neustadt a. d. Aich, Rheinfeld, Ritzingen sind vom Bauernbund erobert worden, Ansbach 1 und 2 von den Liberalen und Sozialdemokraten, Kaimbach und Meininger sind von den Liberalen, Würzburg 1 und Speyer von den Sozialdemokraten erobert worden.

Gewählt sind: in München 1 der Liberale, in München 2 der Sozialdemokrat, München 3 der Liberale, München 4 der Liberale, München 5 der Liberale, München 6 bis 12 die Sozialdemokraten, Augsburg 1 der Liberale, Augsburg 2 der Sozialdemokrat, Augsburg 3 Zentrum, Nürnberg 1 der Sozialdemokrat, Nürnberg 2 der Liberale, Nürnberg 3 bis 6 die Sozialdemokraten, Würzburg 1 der Sozialdemokrat, Würzburg 2 der Liberale, Würzburg 3 Zentrum, Ludwigshafen 1 und 2 je ein Sozialdemokrat, Kaiserslautern der Sozialdemokrat, Bamberg 1 der Liberale, Bamberg 2 Zentrum.

Gewählt sind: in München 1 Schön (lib.), München 2 Pöckelmann (Soz.), München 3 Löweneck (lib.), München 4 Dr. Quide (dem. lib.), München 5 Dr. Günther (lib.), München 6 Schmitt (Soz.), München 7 Köpflinger (Soz.), München 8 Müller (Soz.), München 9 Auer (Soz.), München 10 Timm (Soz.), München 11 Schmid (Soz.), München 12 v. Bollmar (Soz.).

Es geht auch in Bayern in den Zentrumshochburgen langsam zwar, aber sicher vorwärts!

In engster Verbindung mit den Landtagswahlen steht die gestern abend 6 Uhr — also eine Stunde vor Beendigung des Wahlkampfes — erfolgte Demission des bayerischen Ministeriums. Wie es heißt, begründet das Ministerium diesen Schritt damit, daß es die freie Entscheidung der Krone jedem Wahlausfall gegenüber gewahrt wissen wollte. Nach einer anderen Lesart soll der Grund der Demission darin zu erblicken sein, daß dem Zentrum die am meisten verhassten liberalen Minister Pfaff und Frauendorfer geopfert werden sollten. Den genauen Grund wird man morgen schon erfahren.

Die Wahlen und der Weltfrieden.

Als eine Sicherung des europäischen Friedens ist der gewaltige Wahlsieg der Sozialdemokratie in aller Welt begrüßt worden. Nicht bloß die Internationale hat ihm zugestimmt, alle Freunde des Friedens sprachen ihre Freude über ihn aus. Eine blöde chauvinistische Agitation sucht diese für das deutsche Proletariat so ehrenvolle Tatsache in ihr Gegenteil umzulügen, sie behauptet, die „Feinde und Neider im Auslande“ seien von dem Ausfall der Wahlen entzückt. Dazu haben diese angeblichen „Feinde und Neider“ aber nicht die mindeste Veranlassung, denn erstens werden ihnen die zahlreichen Erklärungen nicht entgangen sein, in denen die Sozialdemokratie ihre Bereitwilligkeit versichert, das Reich gegen böswillige Angriffe von außen zu verteidigen, und zweitens wissen sie ganz gut, daß der Sieg der deutschen Sozialdemokratie einen Aufstieg der gesamten Internationale bedeutet, wodurch ihnen, wie ihren geschätzten Kollegen im deutschen Inlande, das Geschäft gründlich verdorben wird.

Die deutsche Sozialdemokratie wird sich um das verkehrte Geheiß der Chauvinisten, die bei den Wahlen eine so gründliche Abzür erlitten haben, sehr wenig kümmern, sie wird aber alles tun, um das Vertrauen zu rechtfertigen, das die Masse des friedliebenden deutschen Volkes und die Friedensfreunde der ganzen Welt in sie gesetzt haben. Als die stärkste Fraktion des deutschen Reichstages, als eine Partei, die von mehr als einem Drittel des deutschen Volkes beauftragt ist, wird sie sich einen Einfluß zu sichern verstehen, den auch ihre Gegner nicht unterschätzen werden.

Eine Aufgabe, die die deutsche Sozialdemokratie im Interesse der Friedenserhaltung nun noch eifriger denn je betreiben wird, ist die Demokratisierung und Parlamentarisierung der auswärtigen Politik. Wo wirklich Lebensfragen der Völker oder wenigstens ihrer jetzt noch herrschenden Klassen in Frage stehen, da kann auch eine Veränderung der formalen Art, die auswärtige Politik zu führen, einen Zusammenstoß nicht verhindern. Aber vergebens späht man im wirklichen Verhältnis der großen europäischen Kulturnationen zueinander nach solchen Lebensfragen, man findet nichts als aufgebauschte Streitigkeiten kleiner Interessengruppen und alberne Ehrenhändel der Diplomaten.

Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze ganz zu beiseite, wird nie möglich sein. Aber eine vernünftige Politik muß bestrebt sein, solche Differenzen auf das richtige Maß zurückzuführen und ihre Vergrößerung durch gewissenlose Kriegsheger zu verhindern. Wie in diesem Punkte während des Marokkostreites gelündigt worden ist, braucht nicht näher ausgeführt zu werden, er sieht noch in aller Erinnerung. Ein solches Schreiben hätte nicht Raum gewinnen können und die Gefahren, die es mit sich brachte, wären vermieden worden, wenn es die Regierungen nicht unterlassen hätten, sich mit den parlamentarischen Vertrauensmännern des Volkes rechtzeitig in Verbindung zu setzen.

Diplomatische Aktionen, die Gut und Blut des deutschen Volkes gefährden, dürfen nicht unternommen werden, ohne daß der Reichstag oder wenigstens ein von ihm gewählter Ausschuß im Vorhinein von ihnen unterrichtet und dauernd auf dem Laufenden gehalten wird. Es ist gleichgültig, ob eine der üblichen Kommissionen, wie die Budgetkommission, mit dieser Aufgabe betraut wird, oder ob zu diesem Zwecke eine eigene permanente Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten gebildet wird. Jedenfalls muß verhindert werden, daß sich die Diplomatie in gewagte Unternehmungen einläßt, ohne erst den Reichstag einzuberufen, oder auch nur mit einer Kommission des Parlaments Fühlung zu nehmen.

Die Erfahrungen des Sommers 1911 haben in der ganzen Welt eine Bewegung für die Parlamentarisierung der auswärtigen Politik ins Rollen gebracht; die deutsche Sozialdemokratie wird diese Bewegung kräftig ausnützen. In anderen Ländern ist man ja in dieser Beziehung schon weiter, wenn auch noch nicht weit genug, und wenn es dem deutschen Reichstag gelingt, seinen Einfluß auf das Niveau des englischen und des französischen Parlaments zu erhöhen, mögen sich weitere, wichtige Entwicklungen von selbst ergeben. Denn es ist nicht einzusehen, warum Verhandlungen über auswärtige Angelegenheiten von Diplomatie zu Diplomatie geführt werden müssen und nicht von Parlamentsausschüß zu Parlamentsausschüß. Verhandlungen von Parlament zu Parlament würden den Vorteil haben, daß auf beiden Seiten die verschiedensten Meinungen zu Gehör gebracht würden. Nie würde es bei ihnen an Elementen fehlen, die geneigt sind, schwebende Differenzen mit ruhiger Sachlichkeit zu behandeln und einen billigen Ausgleich der Gegensätze zu erzielen.

Ein Parlament, das, entsprechend dem sozialdemokratischen Programm, vor dem Volke die Verantwortung für Krieg und Frieden trägt, würde zu leichtfertigen Friedensführungen viel weniger geneigt sein als eine im Dunkel arbeitende abenteuerliche Diplomatie. Käme es aber trotzdem einmal zum Kriege, so wäre wenigstens die Gefahr ausgeschlossen, daß dieser Krieg gegen den Willen des Volkes geführt wird. Die von den Nationalisten geforderte „Einigkeit der Nation“ im Falle einer ernstlichen Kriegsgefahr läßt sich durch kein anderes Mittel sichern, als durch die Parlamentarisierung der auswärtigen Politik.

Jedem verbrecherischen Versuch, das Reich ohne Wissen und gegen den Willen des Volkes in einen Krieg zu stürzen, wird die Sozialdemokratie mit derselben Entschiedenheit wie bisher, aber mit verstärkter Kraft entgegenzutreten. Das mögen sich die Kriegsheger merken. Die Kraftprobe, die ihnen das deutsche Proletariat am 12. Januar geliefert hat, war nicht die letzte und nicht die stärkste. Sie mögen sich in ihrem Größenwahn blähen, dafür laßt sie die Welt nur aus. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich ihrer Stärke bewußt, und sie wird sie brauchen zum Heil des deutschen arbeitenden Volkes und aller Völker unseres Erdteils. Die Stimmen der vier Millionen waren eine Friedensbotschaft für die ganze Welt. Und daß man diese Botschaft auch in Frankreich und England richtig verstanden hat, gereicht dem deutschen Proletariat zur stolzen Genugtuung!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Unsere „bewährte“ Wirtschaftspolitik.

an der Bethmann-Hollweg in seiner gottgewollten Abhängigkeit festhalten will, ist im letzten Wahlkampfe von den Linken und den Nationalliberalen über den Scheffenaus gelobt worden. Wie es in Wirklichkeit mit dieser Politik bestellt ist, dafür heute ein Beispiel, das sich insbesondere unsere auf dem Landgebiet agitatorisch tätigen Genossen einprägen wollen.

Kürzlich fanden wir im „Berl. Tagebl.“ folgende Notiz:

Es ist interessant, darauf hinzuweisen, daß vor einiger Zeit an einem süddeutschen Marktplatz ein ausländisches und ein deutsches Proviantamt zu gleicher Zeit auf eine Partie Getreide reflektierten. Das ausländische Proviantamt erhielt indes den Zuschlag, da es infolge der Ausfuhrvergütung in Höhe von 50 Mk. pro Tonne den deutschen Hafer billiger bekam, als das deutsche Proviantamt, und infolgedessen in der Lage war, einen Überpreis gegenüber dem deutschen Proviantamt zu bewilligen.

Das famose System der Einfuhrscheine bewirkt nun in diesem Fall folgendes: das ausländische Proviantamt kauft in Deutschland Hafer und führt ihn über die Grenze; das deutsche Zollamt gibt dann an den Exporteur einen „Einfuhrschein“ im Betrage von 50 Mk. für jede Tonne ausgeführten Hafers. Dieser Schein kann dazu benützt werden, um bei dem gleichen oder einem andern Zollamte den Zoll für eingeführte Waren (Getreide, Kaffee, Petroleum) zu entrichten. Das ausländische Proviantamt führt nun freilich keine Waren nach Deutschland ein, aber es kann den Schein, der so gut wie bares Geld ist, an einen Kaufmann verkaufen, der Zahlungen am Zollamt hat. Gibt es den Schein um eine Kleinigkeit, etwa ein Prozent unter dem Wert her, so findet es sofort Abnehmer. Das bedeutet also: das ausländische Proviantamt erhält auf jede Tonne 50 Mk. in Einfuhrscheinen, die 49,50 Mk. in Bargeld bedeuten, aus dem deutschen Reichsäckel ausbezahlt. Dadurch wird es in den Stand gesetzt, erfolgreich mit dem deutschen Proviantamt zu konkurrieren, nämlich so: Hafer, der in diesem Jahre infolge der Dürre ziemlich rar ist, kostet in Mannheim annähernd 198 bis 202 Mk. pro Tonne; das ausländische Proviantamt aber bekommt, wie gelagt, 49,50 Mk. pro Tonne zurückgezahlt, so daß es in Wirklichkeit nur 148,50 bis 152,50 Mk. bezahlt. Deshalb kann das ausländische Proviantamt ruhig ein paar Mark mehr bieten, um sich die Ware zu sichern.

Da es sich um einen süddeutschen Marktplatz handelt, so wird es wohl ein französisches Proviantamt gewesen sein, das den Hafer kaufte und es ergibt sich da folgende wunderbare Sachlage: der „Erbfeind“ kauft dem deutschen Proviantamt, das den Hafer für die deutschen Kavalleriequäle braucht, die Ware vor der Nase weg und das Zollamt des deutschen Reiches zahlt dafür an diesen „Erbfeind“ auf jede Tonne ausgeführten Hafers 50 Mark drauf! Das nennen dann die braven Linker und Nationalliberalen „nationale Wirtschaftspolitik“, und ihr politischer Kommiss, Herr Bethmann-Hollweg, er-

klärt, er werde um nichts in der Welt an dem „bewährten System“ rühren lassen.

Die Fleischpreise steigen.

Die „Allgemeine Fleischzeitung“ hat bei einer Reihe von Vorstandsmitgliedern des Deutschen Fleischerverbandes und mehreren Obermeistern von Innungen ihres Gewerbes eine Umfrage gehalten, wie sich die Vieh- und demgemäß auch die Fleischpreise in der nächsten Zeit gestalten werden. Diese Umfrage hat ergeben, daß die Sachverständigen fast einstimmig ein Ansteigen der Fleischpreise für die nächste Zeit in Aussicht stellen. Von einem Sinken der Viehpreise könne keine Rede sein.

Angeichts der Hungersnotpreise der übrigen Lebensmittel — das Pfund Kartoffeln ist schon bis auf 8 Pf. hinaufgeklommen — und angesichts des strengen Winters, der die Arbeitslosigkeit außerordentlich vermehrt und die Wirtschaftskosten durch vermehrte Heizung noch weiter steigert, eröffnen diese Mitteilungen Aussichten auf weitere erhebliche Verschärfungen der Notlage des Volkes. Die Regierung aber steht müßig dabei und wird, wenn der neue Reichstag sie dringend an ihre Pflicht mahnt, wahrscheinlich wieder die alten Phrasen zum besten geben: „An der bewährten Wirtschaftsordnung darf nicht gerüttelt werden.“

Die preussische Regierung und die Wahlrechtsreform.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: „In der Erklärung des Ministers v. Dallwitz über die preussische Wahlrechtsvorlage erhalten wir von der Sache aus zuverlässiger Seite eine erweiterte Darstellung des Standpunktes der preussischen Regierung, der in den nachstehenden Erklärungen zum Ausdruck kommt: Der Sprecher der Regierung hat ausdrücklich gesagt, daß die Regierung in diesem Jahre von der Einbringung einer Wahlrechtsvorlage absehen will. Die Betonung muß auf „diesem Jahre“ gelegt werden, wenn der Standpunkt des Staatsministeriums richtig erfasst werden soll. Die Regierung behält es sich also vor, dem Landtag, der unter Umständen bis zum Juni 1913 zusammengehalten werden kann, noch kurz vor seinem verfassungsmäßigen Auseinandergehen eine Vorlage über die Reform des preussischen Wahlrechts zugehen zu lassen, vorausgesetzt, daß die Entwicklung der innerpolitischen Zustände eine derartige Maßnahme als richtig erscheinen läßt. Der Reformentwurf liegt im Ministerium des Innern fertig vor; es ist sogar bekannt, daß die Regierung sich auf den Boden des direkten und geheimen Stimmrechts gestellt hat, allerdings unter Beibehaltung des Dreiklassensystems.“

Wenn ein Entwurf zur Änderung des preussischen Wahlrechts im Ministerium fertig vorliegt, ist kein Grund abzusehen, warum dieser Entwurf nicht dem Landtag unterbreitet oder wenigstens der Öffentlichkeit übergeben wird. Die ganze Notiz macht mehr den Eindruck eines Beruhigungspulvers, das man zur Bewichtigung der Oppositionen in Landtag und Reichstag und zur Schwärzung der ganz zweifellos wieder einkehrenden Wahlrechtsbewegung des Volkes verabreichen möchte. Es wird sich niemand durch dieses Manöver täuschen lassen.

Die Kosten der Wehr-Vorlagen.

Eine bürgerliche Korrespondenz, die nach einer Erklärung des Kriegsministers dort keinerlei Auskunft erhält, glaubte mitteilen zu können, daß sich die Kosten der Wehrvorlagen auf 100 Millionen Mark belaufen. Dieser Behauptung tritt folgende, von der Scherzpresse verbreitete Meldung entgegen:

„Die von anderer Seite gebrachte Mitteilung, daß die neuen Heer- und Marinevorlagen einen jährlichen Mehrbedarf von Steuern von mehr denn 100 Millionen Mark erfordern würden, entbehren nach Mitteilungen zuständiger Stellen jeder festen Unterlage. Denn zurzeit befindet sich die Vorlage noch in der Bearbeitung des Reichsfinanzamtes, und die Berechnungen sind noch nicht abgeschlossen. Man kann also nur Vermutungen über den etwaigen Mehrbedarf äußern, und daher differieren denn auch die Angaben, die in verschiedenen Blättern darüber gemacht werden, um 70 bis 80 Millionen Mark.“

Die Tatsache, daß die neuen Vorlagen kommen, steht somit fest, und die bestehenden Meinungsverschiedenheiten beziehen sich nur noch auf die Höhe der Kosten. Als die letzte Militärvorlage, die einen Aufwand von 142 Millionen Mark erfordert, im Reichstage beraten wurde, haben die sozialdemokratischen Redner sofort darauf hingewiesen, daß diese Vorlage nur der Vorläufer einer größeren sei. Von der Heeresverwaltung ist dies ganz entschieden bestritten worden, heute, nach kaum Jahresfrist, ist die neue Militärvorlage fit und fertig. Solche Vorlagen pflegen aber nicht aus dem Armeelager geschöpft zu werden, sie bedürfen im Gegenteil meist einer langen und gründlichen Vorbereitung, und es wäre ganz interessant zu wissen, wann mit diesen Vorbereitungen begonnen worden ist, und wann sich das vor einem Jahre noch bestrittene Bedürfnis zu einer weiteren Heeresvermehrung herausgestellt hat. Die sozialdemokratische Presse hat damals behauptet, daß ein neues Armeekorps aufgestellt werden soll, wie sich jetzt zeigt, waren die uns damals gemachten Informationen richtig, nur daß sie sich nicht auf die Militärvorlage von 1911, sondern auf die von 1912 bezogen. — Im Verjahre ist auch behauptet und amtlich scheinbar dementiert worden, daß sich unter den neu zu fordernden Schiffen auch ein solches befindet, das lediglich dem Kaiser zu Repräsentationszwecken dienen soll. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß sich unter den neuen Schiffen das „Kaiserjacht“ befindet. Amtliche Dementis sind in der Regel als Bestätigung anzusehen. Das Frage- und Antwortspiel über die Höhe der Kosten kann nicht mehr lange dauern, denn die Wehrvorlagen sollen dem Reichstage schon bald nach seinem Zusammentritt zugehen.

Schajucht nach Mugdan!

Die ärztliche Fachpresse behauptet es lebhaft, daß Dr. Mugdan unterlegen ist, und daß dem neuen Reichstage nur ein einziger Arzt, Herr Dr. Strauß, angehört. Die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ regt deshalb an, es möge einer der neugewählten fortschrittlichen Abgeordneten

auf sein Mandat verzichten, um Mugdan Platz zu machen. — Viel Hoffnung werden sich die Fachgenossen des Herrn Mugdan kaum machen dürfen, denn wenn schon einer der Abgeordneten verzichten würde, dann läge es für die Fortschrittler natürlich weit näher, ihren durchgefallenen Führer wieder unterzubringen.

Protest gegen die Rechtlosigkeit der Frauen.

Auf Anregung des bayerischen Vereins für Frauenstimmrecht haben bei den letzten Reichstagswahlen die Frauen in München, Nürnberg, Würth, Hof, Frankenthal, Lichtentersbach, Bamberg, dann in Bonn, Köln, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Wehr, Bochum, Bielefeld, Düsseldorf, Essen, Aachen, Elberfeld, Magdeburg und anderen Orten in den Wahllokalen einen Protest gegen ihren Ausschluß von der Wahl ab mit dem Verlangen, daß er mit den übrigen Wahlakten dem Wahlkommissar zu übergeben sei. Die Zeitschrift für Frauenstimmrecht bemerkt, daß dieser eigenartige Protest von den Wahlvorstehern überall angenommen worden sei; nur ein „bürgerlicher Magistrat“, der in der guten alten Münchener Vorstadt Au und gemäß ihrem jahrhundertalten volkstümlichen Ton amüsierte, habe in rauhen Worten die „Weiber mit ihrem Wisch“ aus dem Lokal gewiesen.

Agrarische Schmerzen.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschäftigte sich mit dem Landwirtschaftsetat. Die Konservativen erhoben Beschwerde wegen der Errichtung einer Quarantänestation für die Einfuhr ausländischen Viehes in Sachsig auf Rügen. Sie bestritten natürlich, daß durch diese neue Anstalt die Vieheinfuhr bedeutend erhöht werde. Sie behaupten, schon jetzt sei die Vieheinfuhr auf den Trajekt dampfern eine auffallend große und durch diese neue Anstalt werde die Gefahr der Seucheneinführung nur erhöht. Der Minister bestritt dies und teilte mit, daß die Absicht besteht, die Einfuhr schwebelichen Viehes auf 15 000 Stück zu beschränken. Von einer Vermehrung der Seuchengefahr könne keine Rede sein. Von den Parteien der Linken wurde getadelt, daß die Anstalt ohne vorherige Verzögerung des Landtages errichtet wurde, was ein elatsrechtlicher Verstoß sei. Auf eine Anfrage teilte der Ministerialdirektor mit, daß trotz der scharfen veterinären Maßnahmen die Einfuhr von amerikanischem Viehschmalz nicht wesentlich vermindert sei. Sie ist allerdings schon so gering, daß eine weitere Verminderung kaum möglich ist. — Auf die Aufforderung eines Fortschrittlers, den am 15. Februar in Kraft tretenden Kartoffelzoll aufzuheben, erwiderte der Minister, daß nach dem 15. Februar ohnehin nur Saatkartoffeln eingeführt werden, was keinen Einfluß auf die Preise der Speisekartoffeln habe.

Eine längere Erörterung entspann sich über die Bekämpfung der Maul- und Klauenpest. Die Regierung erklärte, daß von den bisher vorgeschlagenen Mitteln gegen diese Seuche eigentlich nur das Professor Löffersche wirksam sei, das aber so teuer sei, daß seine Anwendung in großem Maße nicht möglich ist. — Bemerkenswert ist eine Bemerkung des Landwirtschaftsministers v. Sauerlemer, daß an dem System der Einfuhrzölle nichts geändert werden solle, weil dieses System gleichermassen im Interesse der Landwirtschaft wie des Handels liege. Die Regierung ist also, nachdem die Reichstagswahlen vorbei sind, wieder der Meinung geworden, daß es in der Ordnung ist, den preussischen Sunkern für die Ausfuhr wichtiger Lebensmittel noch eine Prämie zu zahlen. Der Minister kündigte dann noch an, daß die Landwirtschaftskammern unterstützt werden sollen, um den Arbeitsnachweis besser zu organisieren. Er sprach hierauf auch von dem Ausgleich der Arbeitsvermittlung zwischen Stadt und Land. — Schließlich unterhielt man sich noch über die Frage, wie den Tierhaltern, die durch die Seuchenbestimmungen geschädigt werden, eine bessere Entschädigung zuteil werden kann, ohne aber zu irgend einem Resultat zu gelangen. — Schließlich beantwortete der Landwirtschaftsminister noch das Ersuchen des polnischen Kommissionsmitgliedes auf Unterstützung der polnischen Landwirtschaftsvereine mit einem glatten „Nein“, und wandte sich auch gegen das Ersuchen eines Zentrumsgenossen, die Einfuhr ausländischer Weine einzuschränken. Der ordentliche Landwirtschaftsetat wurde bewilligt.

Das Fiasko der Arbeiteranstellung.

Die Ostpreussische Landgesellschaft, die mit reichen Mitteln ausgestattet ist, entfaltet seit Jahren eine rege Besiedelungstätigkeit, insbesondere versucht sie auf diese Weise, Landarbeiter an die Scholle zu fesseln. Bisher hat sie auf diesem Gebiete herzlich wenig Erfolge erzielt — trotz aller Anstrengungen. Die Landgesellschaft sagt in ihrem letzten erschienenen Jahresbericht: „Während bis zum 1. April 1910 in rund 4 1/2 Jahren über haupt nur 67 derartige Stellen (Arbeiterstellen) besiedelt werden konnten, ist es gelungen, im Berichtsjahre allein 47 Landarbeiter anzustellen.“

Also in 4 1/2 Jahren sind 67 Landarbeiter angestellt. Das ist ein vollständiges Fiasko, und das Ergebnis des letzten Jahres kann ebenfalls nicht als nennenswerter Erfolg angesehen werden. Es ist also nichts mit der Hingemachung der Landarbeiter. Diese kriechen nicht auf den Leim der agrarischen Schülzlinge. Übrigens beklagt die Landgesellschaft die zunehmende Mobilisierung des Grundbesitzes und das gewaltige Steigen der Güterpreise. Es heißt im Bericht: „Durch zum Teil wilde Spekulationskäufe sind die Güterpreise in Ostpreußen stark in die Höhe getrieben und ungesund, besorgniserregende Zustände auf dem Gütermarkt geschaffen worden. Von einem bodenständigen Grundbesitz kann heute kaum mehr gesprochen werden. Der größte Teil des Grundbesitzes, sowohl des großen als auch des kleinen, ist durch das ungesunde Steigen der Güterpreise und das Überhandnehmen des Agentenwesens mobil gemacht worden. Im Berichtsjahre sind uns angeboten: im Regierungsbezirk Königsberg 75 Güter mit 24 434,72 Hektar, im Regierungsbezirk Gumbinnen 57 Güter mit 11 030,90 Hektar, im Regierungsbezirk Allenstein 46 Güter mit 8190,61 Hektar, zusammen 178 Güter mit 39 656,23 Hektar. Gekauft sind in derselben Zeit aber nur dreizehn Grundstücke mit 4353,40 Hektar zu einem Gesamtpreis von 4 728 894 Mark. Der Durchschnittspreis beträgt pro Hektar 1087 Mk. gegen 801 Mark im Vorjahre.“

Das ist die Steigerung des Preises innerhalb des letzten Jahres. Dabei muß man sehr wohl beachten, daß die Güterpreise seit etwa fünf bis sechs Jahren bereits gestiegen sind. Es sind das die Folgen der im Jahre 1902 beschlossenen höheren Agrarzölle.

Mit direkten Reichssteuern

als Deckung für die neuen Wehrvorlagen scheinen die bürgerlichen Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses bestimmt zu rechnen. Es wird berichtet, daß sich die Fraktionen des Abgeordnetenhauses mit der Vorlage über die Abänderung des Einkommensteuergesetzes beschäftigten und daß, soviel sich bisher die Stimmung der Fraktionen übersehen lasse, keine Neigung bestehe, die bisherigen Steuerzuschläge als Definitivum einzuführen, so lange sich nicht überlegen läßt, welche neuen Steuervorlagen die Reichsregierung dem Reichstage zur Deckung der Wehrvorlagen vorlegen wird. Wahrscheinlich würde sich die bürgerliche Landtagsmehrheit eher für eine dauernde Erhöhung des Einkommensteuerverzuges gewinnen lassen, wenn das Reich nicht in irgend einer Form auf direkte Steuern zukünftig, deshalb die abwartende Stellung.

Als ein aussichtsloses Unterwehmen

bezeichnet die „Kreuzzeitung“ die von der Regierung empfohlene Sammelgesetzgebung. Die Kluft zwischen Rechts und Links sei zu groß. Vielleicht besinnen sich die Konservativen noch, wenn ihnen der Reichskanzler, der für die nächsten Tage die Vertreter der bürgerlichen Parteien wegen der Heeres- und Marinevorlagen zu sich geladert hat, ordentlich Honig um den Bart schmirt. Und wenn dann die nationalliberale Dulcinea dem konservativen Bruder gerührt in die Arme sinkt, dann machen die Konservativen wieder mit. Sie sind doch sonst nicht so!

Agrarischer Boykott.

Im „Polkwitzer Stadtblatt“ befindet sich folgende Anzeige:

„Ein Bäckermeister (konservativ) zur Brotbackung für großes Dominium gesucht. Offerten an die Geschäftsstelle dieses Blattes.“

Das „Polkwitzer Stadtblatt“ erscheint im Wahlkreise Slogau, wo bekanntlich der konservative v. Sorban in der Stichwahl gegen den Fortschrittler v. Plogk unterlag. Auf diese Weise rächen sich nun die patentierten Stützen des Mittelstandes an diesen selbst. Und diese Gesellschaft macht sich an, über den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus Jetter und Morbio zu schreiben!

Den Antisemiten den Rücken gekehrt.

Der im dritten sächsischen Wahlkreis wiedergewählte Reichstagsabgeordnete Strauß hat seinen bisherigen antisemitischen Parteifreunden den Rücken gekehrt und ist der konservativen Fraktion beigetreten. Der „reine“ Antisemitismus wird nun im Reichstag nur noch vertreten durch die Abg. Werner und — Bruhn, den berühmten „Wahrheits“-Mann.

Holland.

Die Satten gegen die Hungrigen. Am Freitag hat die niederländische Erste Kammer, die Vertretung der Reichsten in Holland, das von der Zweiten Kammer beschlossene Gesetz verworfen, wonach Staatsbeamte und Staatsarbeiter mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 1000 Gulden eine Steuerzulage von 20 Gulden erhalten sollten. Von den Ausgewählten des Geldsacks stimmten 27 gegen, nur 15 für das Gesetz. — Selbstverständlich erzeugt das Verhalten der Progen schwerste Erbitterung und wird zur Verschärfung des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht wesentlich beitragen.

Die Republik China.

Die Feindseligkeiten zwischen Kaiserlichen und Republikanern sind nach Ablauf des Waffenstillstandes am Ende vorigen Monats wieder aufgenommen worden. Nach einem Telegramm aus Peking befehlt ein kaiserliches Edikt Sunanichai, die Republik mit Hilfe der Republikaner des Südens zu bilden. Das Publikum ist von der Abdankung des Thrones allerdings noch nicht in Kenntnis gesetzt. Unruhen werden nicht mehr erwartet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 6. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlentarbeiter! Wegen Mahregelung eines Mollers haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grönmühle S. und J. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Die Lübecker Bürgerwehr hielt gestern Abend eine Versammlung ab, die sehr friedlich begann, aber recht stürmisch endete. Zunächst kam der Senatsantrag betreffend den Austausch von Grundstücken in Travemünde mit der Lübecker Büchener Eisenbahngesellschaft zur Verhandlung. Eine langweilige Debatte leitete damit die Sitzung ein, die sich in gleicher Weise fortsetzte bis zu dem Tagesordnungspunkt: Dreigleisiger Ausbau der Straßenbahn nach Stralsdorf. Hier war es unser Genosse Steiling, der unter lebhaftem Beifall der Vertreter der großen Mehrheit der Lübecker Bürger sich warm der Interessen der Lübecker Straßenbahner annahm. Senator Strauß, der sich nicht nervös geworden war, suchte die Ausführungen unseres Genossen zu entkräften, jedoch ohne irgendwelchen Erfolg. Die hochwürdige Art, wie der Herr gegen Stellung polemisierte und ihn andauernd mit „Er“ titulerte, konnte seine Stellung kaum verbessern. Und als dann die auf Grund eines schätzbaren Klassenwahlrechts gewählte Bürgerchaftsmehrheit noch völlig unmotivierte Zustimmungslaute von sich gab, um die Position eines Senatsmitgliedes, das erklärt hatte, in Zukunft die Ausführungen einzelner Bürgerchaftsmitglieder nach Möglichkeit zu misshandeln, da wurde der Beifall von lebhaften Zischlauten unserer Parteigenossen erkauft: ein Vorfall, der in der Bürgerchaft wohl einzig dasteht. Noch niemals ist in der Bürgerchaft so großer Aufbruch zum Ausdruck gekommen, daß Mitgliederinteressen allein von der Sozialdemokratie vertreten werden.

als gestern abend. Dem Senat wurde das "warme Herz" für die Arbeiter von Stellung in aller Form aus dem Munde geschlagen. Und sämtliche Erklärungen schmeigen, als sie die Futterklappen zur Unterstützung der Straßenbahnbehörde aufmachen konnten. Dafür stimmten sie dem Senat zu, als er versprach, Änderungen von Bürgerlichkeitsmitgliedern in Zukunft möglichst als Lust behandeln zu wollen. Die sozialdemokratische Fraktion wird schon dafür sorgen, daß diese Wahrung der Bürgerlichkeit nicht die von ihren Urhebern beabsichtigten Folgen zeitigen wird. Wir werden morgen auf die Straßenbahnbesätze in der Bürgerlichkeit noch in einem besonderen Artikel zurückkommen.

Beim Gelebe über die Beaufsichtigung des Kostens der Eisen war es Genosse Dr. Schömer, der zwar im wesentlichen dem vorgelegten Gelebe zustimmte, aber in Einzelheiten warf man untere Wünsche und unseren Standpunkt vor. Gegen seine Ausführungen wurden von seiner Seite belangreiche Ausführungen gemacht.

Die Bewegung, die in der Bürgerlichkeit seit der Beratung des Antrages betr. den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn nach Israelisdorf herrschte, lobte bei der Besprechung über den Gutachtenantrag Heinsohn, der eine Trennung der amtlichen Bekanntmachungen von den "Lübeckischen Anzeigen" erstrebte, zu neuen Flammen auf. In ganz niedriger Straßenhungenmanier hat das Amtsblatt politische Gegner, Mitglieder der Bürgerlichkeit, in der Öffentlichkeit herabzusetzen versucht. Inserenten wurden über die Höhe der Auflage der "Lübeckischen Anzeigen" direkt beschuldigt. Das wurde gestern abend von den Genossen Hoff und Löwig mit aller wünschenswerten Deutlichkeit ausgeprochen. Schon einfache Reinlichkeitsgründe sollten für die Bürgerlichkeit maßgebend sein, den "Lübeckischen Anzeigen" den Charakter des Amtsblattes zu nehmen. Als einziger Retter der "Lübeckischen Anzeigen" produzierte sich Herr Dahms, ein Mann, der sowohl für den Abonnement-Schmied als auch für die Angriffe auf politische Gegner direkt verantwortlich zu machen ist. Mit dreifacher Stärke behauptete Dahms, er halte aufrecht, was in den Briefen geschrieben steht. Dabei weiß er ganz genau, daß die "Lübeckischen Anzeigen" damals weder 5500, geschweige denn 7000 Auflage besaßen haben. Die Bürgerlichkeit wurde damit in aller Form angegriffen. Das merkte sie und deshalb verwies sie den Antrag Heinsohn an den Bürgerausschuß. Wir werden auf solche Weise Gelegenheit erhalten, noch einmal auf die Sache zurückzukommen. Klein und beteiligtes Mitglied der Bürgerlichkeit wagte es, die schmuckigen Praktiken des Amtsblattes zu rechtfertigen. Die Firma Gebr. Borchers wird weiter aus der Staatskrippe fressen und diejenigen beschimpfen, die eine andere Meinung haben als die "Lübeckischen Anzeigen". Aber nur politische Narren werden auf die Schlupfröhre hineinfallen.

Die Not der Obdachlosen. Über dieses traurige Thema schreibt der "G.M.": In den drei primitiven Räumen des Marktsallerganges mußten in der Sonntagnacht 81 — in Worten: einhundertsieben — Obdachlose untergebracht werden. Es ist unbegreiflich, warum angesichts der infolge niedriger Außentemperatur rapid steigenden Obdachlosenzahl an den Sonntagsabenden nur der Markt, nicht auch das Provisorium in der Armenanstalt verfügbare ist. Eine derartige Obdachlosenfürsorge zu verantworten, das ist eine Unmöglichkeit. Es ist uns bekannt, daß die ärztliche Untersuchung Obdachbegehrenden an Sonntagen Schwierigkeiten bereitet. Aber das ist kein Grund, mit schneller und energischer Organisation zu zögern. Es handelt sich doch um Menschen, die, wie einst ein Vielangehender, an einem Sonntag abend nichts haben, wo sie ihr Haupt hinlegen können! — Gestern abend sah man große Trupps Obdachloser nach der Armenanstalt wandern. Wie die einfachste Christenpflicht dort erfüllt wird, wissen wir nicht. Als aber i. St. von den Sozialdemokraten in der Bürgerlichkeit ein genügendes Obdachlosenasyl gefordert wurde, da hatte man nur abweisende Redensarten am Senatstische zur Hand; dafür aber selbstverständlich das "warme Herz" auf der Zunge.

Die herrschende Kälte hat auch auf den Seeschiffahrtsverkehr hemmend eingewirkt. Das Fahrwasser der Lübecker Bucht konnte nur unter schwierigen Verhältnissen aufrecht erhalten werden. Verschiedene Dampfer konnten nur mit Hilfe des Eisbrechers "Trademünde" den hiesigen Hafen erreichen. Der Viehdampfer "Stadt Kappeln" wurde vom Eise zerschmettert und sank in der Nähe von Grömitz. Die Mannschaft und ein großer Teil des Viehes konnte über das Eis gerettet werden. — Heute morgen ist die Temperatur weit gelinder als an den vorhergehenden Tagen.

Jahresbericht des Brauerei- und Mälzereiarbeiterverbandes, Zahlstelle Lübeck. Das Jahr 1911 war im großen und ganzen für unsere Zahlstelle sowohl als auch für unsere Mitglieder günstig zu nennen. Nachdem die Krise von 1909/10 überwunden war, machte sich im Berichtsjahre ein Aufsteigen der Geschäftsjunktur bemerkbar, was zur Folge hatte, daß mehr Arbeitsgelegenheiten in den einzelnen Betrieben vorhanden war. Besonders aber war dieselbe in der Brauindustrie gegen die letzten Jahre erheblich gestiegen. Der warme Sommer hatte besonders günstig gewirkt. Aber auch in der Mälzereiindustrie war der Geschäftsgang ein guter, so daß die am Orte befindlichen Kollegen ausreichende Beschäftigung hatten. Die Geschäftsführung der Zahlstelle erforderte aber auch ganz bedeutend mehr Arbeit als in den vorhergehenden Jahren. Die Mitgliederversammlungen, welche als monatlich stattfanden, waren in der ersten Hälfte stark und in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres mäßig besucht. Zahlreiche Vorstands- und andere Sitzungen wurden abgehalten. Außerdem fanden noch 11 Betriebs- und 4 Gruppenversammlungen statt. In den beiden Orten Grovesmühlen und Rageburg, welche zu unserem Zahlstellenbereich gehören, wurden zusammen 17 Versammlungen abgehalten. Die Mitgliederzahl betrug entgegen 294 am Schlusse 1910 315 am Schlusse des Berichtsjahres. Die Fluktuation der Mitglieder war eine große. Insbesondere war die Krankenliste unter denselben geringer als im vorhergehenden Jahr. Die Kassenerhältnisse waren sehr befriedigend. Die Einnahme der Hauptkassa betrug 7279,20 Mk., welcher eine Ausgabe von 2840,80 Mk. gegenüberstand. Der Lokalkassenbestand stieg von 1778,80 Mk. am Schlusse 1910 auf 2150,95 am Schlusse des Berichtsjahres. Die Korrespondenz belief sich auf 227 Eingänge und 312 Ausgänge. Unser unter starker Beteiligung abgehaltenes Stiftungsfest fand im November statt. Im März fand die Wahl eines Delegierten zur Bierfahrerkonferenz statt, während im Mai die Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress vorgenommen wurde. Besonders reich war das verfloßene Jahr an Lohnbewegungen. Mit sämtlichen am Orte befindlichen Lagerbier- und Brauereibetrieben, desgleichen auch mit der Leitung der Bunte-Kuh-Brennerei wurden Tarif-Verträge erneuert resp. abgeschlossen. Es wurde für 233 Personen in 24 Betrieben außer einer Lohnerhöhung von 2 resp. 3 Mk. pro Woche eine halbe resp. eine ganze Stunde Arbeitszeitverfügung pro Tag erzielt. Außerdem wurde für alle Beschäftigten ein alljährlicher Urlaub von 2-6 Tagen vorgezogen. Leider konnte mit den hiesigen Mälzereien ein Tarifverhältnis nicht geschaffen werden. Nur mit dem Vorstand der Genossenschaftsmühle konnten wir am Schlusse des

Jahres ein Vertragsverhältnis eingehen. Tarif-Verhandlungen fanden insgesamt 12 statt. Kleinere Differenzen wurden in 13 Fällen in den einzelnen Betrieben durch den Vorsitzenden geregelt. Zu ernstlichen Differenzen kam es nur mit der Leitung der hiesigen Grömitz, Hafenstr. Den dort beschäftigten Kollegen waren im Herbst die überstundeten nicht voll ausgezahlt worden. Dieses veranlaßte die Zahlstellenleitung Schritte zu unternehmen, die Angelegenheit zu regeln. Leider konnte eine Einigung mit dem Inhaber der Mühle nicht erzielt werden. Die Kollegen gaben sich mit dem Versprechen, das ihnen derselbe machte, zufrieden. Lange jedoch sollte der Frieden mit der Grömitz nicht anhalten. Als Anfang Dezember die Arbeit flau wurde, entließ der Inhaber plötzlich einen seiner ältesten Mälzer, obwohl sich derselbe nicht hatte zuschulden kommen lassen. Diese Maßregelung konnten sich die übrigen Kollegen nicht gefallen lassen und verlangten die Zurücknahme der Entlassung. Die Betriebsleitung lehnte aber jede Unterhandlung ab. Und so reichten am 18. Dezember 22 Kollegen ihre Kündigung ein. Wiederholt wurden vom Vorstand Unterhandlungen angebahnt, aber leider ohne Erfolg. Und so legten am 27. Dezember 26 Kollegen die Arbeit nieder. Die Verhandlungen, welche bis zum Jahreschlusse stattfanden, verliefen resultatlos. Indem wir unseren Bericht schließen, wollen wir nicht verkümmern, an unsere Mitglieder die Mahnung zu richten, im neuen Jahre noch besser zu arbeiten. Stillstand ist Rückschlag. Tue ein jeder seine Pflicht, ein großes Feld ist noch zu bearbeiten. Rädem wir die Indifferenten auf. Vereinzelt sind wir nichts, geschlossen aber sind wir eine Macht.

pb. Bodenraubverdiebstahl. Aus einer Bodenkammer des Hauses Bercevalstraße 4 sind folgende Gegenstände gestohlen worden: 1 braungestreifter und 1 graumellierter Jacketanzug, 1 schwarze, 1 schwarze und weißgestreifte, 1 blau- und granulierte und eine dunkelgraue Hose, sowie zwei Löwen darstellende, braun gefärbte Gipsfiguren, die wie Bronzefiguren aussehen. Die gestohlenen Kleidungsstücke sind schon viel getragen.

Im Verein für Gesundheitspflege findet am Dienstag, dem 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Hohenzollern die diesjährige Generalversammlung statt. Außer der Beschlußfassung über Jahresbericht und Kasse steht eine Satzungsänderung auf der Tagesordnung, dazu die Neuwahlen für die statutenmäßig auscheidenden Vorstandsmitglieder. Der Punkt Verschiedenes gibt hinreichend Gelegenheit zur weiteren Aussprache. Das Stiftungsfest des Vereins findet am Sonnabend, dem 10. Februar, in der Flora für Vereinsmitglieder und deren Angehörige bei freiem Eintritt statt. Zu beiden Veranstaltungen erwartet der Vorstand regen Besuch.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr gelangt bei kleinen Preisen die reizvolle Operette "Der Kodelzigeuner" von Josef Snaga zur letzten Aufführung. — Am Donnerstag geht Shakespeares Lustspiel "Was ihr wollt" mit der Musik von Humperdinck in neuer Einfärbung in Szene. Für Sonntag befindet sich Verdis große Oper "Der Waskenball" in Vorbereitung.

f. Schluß. Ein kleines Schadenfeuer, das leicht hätte größere Dimensionen annehmen können, entstand am Sonntag vormittag in der Mälzerei von Joh. Steffen. Die Ursache liegt wahrscheinlich in unvorsichtigem Anheizen des Ofens. Die freiwillige Feuerwehr war angezogen, kam aber nicht sonderlich in Tätigkeit, da das Feuer infolge mangelnden Luftzuges nicht recht zum Ausbruch kam. Verbrannt sind außer einigen Kantorakensilien noch zwei Holzwände. Infolge der Aufräumungsarbeiten mußten die Arbeiterinnen die Arbeit bis auf weiteres einstellen. — (Wir wollen hervorheben, daß der Genosse K. Junz, Breherstraße 15/17, zum Berichterstatter für den Lübecker Volksboten gewählt worden ist und ersuchen, ihm wichtige, die Öffentlichkeit interessierende Vorkommnisse sofort mitteilen zu wollen. Red. d. "L. B.")

Hamburg. Fabrikbrand in Wilhelmshurg. In der Wilhelmshurger Fabrik der Teerproduktwerke und Dachpappenfabriken von Schag u. Hübner brach Sonntag mittag kurz vor 12 Uhr ein Feuer aus, das, soweit bisher bekannt ist, beim Schmelzen von Rohreitungen entstanden ist. Es verbreitete sich mit großer Schnelligkeit über die ganzen Fabrikanlagen. Wilhelmshurger und Hamburger Feuerwehren bekämpften den Brand, der einen Schaden von schätzungsweise 250 000 Mk. angerichtet hat.

Kiel. Marine und Sittlichkeit. Von gut unterrichteter Seite wird der Schlesw.-Holst. Volksztg. geschrieben: Das heutige militärische System hat es sich, wie jeder Rekrut in der Instruktionstunde lernt, zur Pflicht gemacht, die Soldaten zu ehrliebenden und moralischen Menschen zu erziehen. Welche Auffassung aber das militärische System über Sittlichkeit und Moral hat, darüber können die Kapitulanten der Marine ein eigenartiges Bild fassen. Seit dem Jahre 1906 besteht in der deutschen Marine eine Verfügung, wonach sämtliche Unteroffiziere, die zur Ehrenrettung der Braut heiraten, nicht Dekoffizier werden können, weil ihnen die nötige Moral fehlt. Zahlt der Unteroffizier jedoch Alimamente und heiratet das Mädchen nicht, so kann er selbstverständlich Dekoffizier werden, dann steht er nach Ansicht der Kaiserlichen Kommandos auf der moralischen Höhe, auf der ein Dekoffizier stehen soll. Man versehe sich in die Lage eines Unteroffiziers, der schon 8 bis 12 Jahre gedient hat, um einmal Dekoffizier zu werden, vielleicht auch schon, wie es vielfach vorkommt, die Dekoffizierschule besucht und die Prüfung glänzend bestanden hat, im Dienst außerdem ein sehr tüchtiger Unteroffizier ist, wenn, was bei einer sehr langen Brautzeit nur zu erklärlich ist, seine Braut schwanger wird. Was bleibt dem Unteroffizier und was der Braut übrig? Entweder muß der Unteroffizier auf Knall und Fall von der Marine abgehen, um die Ehre seiner Braut noch retten zu können, oder er muß gemäß der Moral der Kaiserlichen Marine weiterdienen und Alimamente bezahlen. Das Mädchen aber ist dann nach den heutigen Christenbegriffen gefährdet fürs Leben. Den Bräutigam bezw. den Vater des Kindes hat es für immer verloren. Ihm sind vom Kommando Fesseln angelegt, so daß ihm nur der eine Ausweg bleibt, seine Liebe sitzen zu lassen. Das ist die Moral und die Sittlichkeit, die man den Staatsdienern predigt! Wieviel Menschen werden durch diese Verfügung unglücklich gemacht!

Woher kommt es, daß so viele sittlich heruntergekommene Mädchen in Kiel herumlaufen? Nehmen wir z. B. an, das Mädchen hat keine Eltern mehr, es will sein Kind aus Mutterliebe nicht in anderer Leute Hände geben. Mit 15 Mark Alimente kann es sein Kind nicht ernähren. Es kann vielleicht nebenher arbeiten — wo aber immer Arbeit finden — und meistens ist es noch so, daß niemand gern ein Mädchen in Stellung nimmt, das ein Kind hat. Was bleibt schließlich dem Mädchen übrig, ohne daß es seine Absicht ist? Würde die Verfügung nicht bestehen, wäre das Mädchen jetzt eine achtbare Familienmutter; die Verfügung hat es aber zum "Mädchen fürs Geld" gemacht. Hat das Mädchen noch Eltern, fühlen sich oft auch diese mitgeschändet, weil der Bräutigam ihrer Tochter nicht die Sittlichkeit haben darf, das Mädchen zu heiraten. Dann wird vielleicht die

Tochter von den Eltern verstoßen und das Ende ist wieder nicht zweifelhaft. Wenn der Bräutigam wenigstens nach der Beförderung zum Dekoffizier seine Liebste heiraten könnte, um so dem Kinde den Vater zu geben, aber auch dies ist vom Kommando verboten. Die Folge davon ist in vielen Fällen die wilde Ehe.

Nimmt man nun zum Schluß den günstigsten Fall an für das Mädchen. Der Unteroffizier hat aus christlicher Liebe zu seiner Braut, trotz der Verfügung des Kommandos, sein Braut zur Ehrenrettung geheiratet. Damit hat er auf die Beförderung zum Dekoffizier verzichtet. Welche Ausichten hat die Familie für die Zukunft? Der Vater erhält nach zwölfjähriger Dienzeit den Heiwerkungsbescheid (genannt Hungerschein) und wird entlassen. Anstellung im Staatsdienst ist jedoch wegen Überfälligkeit ausgeschlossen. Wenn er Glück hat, ist vielleicht gerade eine Nachwächter- oder Straßenreinerkelle frei, so daß er dadurch seine Familie so lange ernähren kann, bis nach Jahren eine Bureaudirektor- oder Fortschrittsstelle im Staatsdienst frei wird und er in dieser Laufbahn angestellt wird, mit der Aussicht auf Advancement bis zum Oberportier. Gerade im Interesse der Moral und der Sittlichkeit liegt es, daß diese Verfügung aus der Welt geschafft wird. Offenlich spricht der jetzt gewählte Reichstag in der Sache einmal ein starkes Wort mit der Marineverwaltung.

Stade. Ein Milchpantischer. Wegen Milchpantischerie hatte sich der Fuhrer Paul August Feldmann in Hinkenwärd (preussisch Gebiet) vor der Strafkammer in Stade zu verantworten. Der Angeklagte hatte die Milch mit Wasser, das er aus dem Graben schöpfte, verdünnt. Er hatte sogar zu dem Wasser aus dem Graben, das er im Milchweimer hatte und womit er die Euter abgewaschen hatte, Milch hinzugemolken. Beim nachherigen Durchsieben sind sogar Schnecken und kleine Fische im Stroh vorgefunden. Die Sachverständigen waren schon länger bekannt. Nachdem ein Kind an dieser Milch erkrankt, wurde gegen Feldmann Anzeige erstattet. Das Urteil lautet auf 1 Monat Gefängnis und 600 Mk. Geldstrafe.

Kommunales.

Freisinnige Arbeiter-Mitglieder. Es ist allgemein bekannt, welche erbärmlich schlechten Löhne die ostelbischen Gürtelbeger und der preussische Eisenbahnaktus den Arbeitern zahlen. Und im letzten Wahlkampfe bildete diese unerhörte Ausbeutung ein beliebtes Agitationsmittel zahlreicher Freisinniger. Da ist es ganz interessant, einmal die "Arbeiterfürsorge" in einer echt freisinnigen Domäne zu beleuchten. Der Magistrat zu Königberg i. Pr., dem auch Vorstandsmitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei angehören, zahlt den Hilfsarbeitern des Reinigungsamtes, die bei Wind und Wetter auf der Straße arbeiten müssen, noch nicht einmal den von der preussischen Behörde festgesetzten ortsüblichen Tagelohn. Dieser beträgt 2,75 Mark. Die Hilfsarbeiter erhalten aber vom "freisinnigen" Magistrat nur 2,30 Mark Tagelohn! Das Ständesystem ist aber, daß man auch den ständigen städtischen Arbeitern diesen Schandlohn zahlt, wenn sie an das Reinigungsamt zur Hilfeleistung überwiesen werden. Insbesondere geschieht das mit den Werkschleppern, die einen Tagelohn von 3,20 Mk. erhalten; werden sie an das Reinigungsamt überwiesen, so erhalten sie sofort 90 Pfg. weniger pro Tag, also nur 2,30 Mk. Die Arbeiter wandten sich nun dieser Lage mit einer Petition an die "freisinnige" Stadtkorrespondentenversammlung und baten, daß man ihnen den Lohn von 3,20 Mk. zahle, wenn sie Straßenreinerdienste leisten. Aber da kamen sie bei den Freisinnigen nicht an. Der vorbereitende Ausschuss empfahl, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Man stelle es so hin, als behandelte man die städtischen Arbeiter noch besonders wohlwollend, wenn man sie für 2,30 Mark Tagelohn auf der Straße Schnee schippen lasse. Der Magistratsvertreter erklärte, der Magistrat lege jetzt schon das weitgehendste Entgegenkommen an den Tag! Die Arbeiter seien nur aufgewiegelt! Es folgte dann eine heftige Sozialistenrede. Auf den Hinweis, daß die Hilfsarbeiter nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn erhalten, wurde überhaupt nichts erwidert. Wohl aber lehnte die freisinnige Mehrheit die Bitte der städtischen Arbeiter ab; über ihre Petition wurde in gehobener Rücksichtlosigkeit zur Tagesordnung übergegangen. So geschah in einer Domäne, wo der "Arbeiter- und volksfreundliche" Freisinn regiert. Er denimmt sich durchaus nicht anders, wie die ostelbischen Junker und der preussische Staat.

Soziales.

Mehr Unfälle — weniger Renten. Unglaubliche Abweisungen von Rentenansprüchen Unfallverletzter lenkten schon längst die Aufmerksamkeit auf die Systematik in der Rentenamtsherei. Verfümpelte Gliedmaßen, ja das Fehlen derselben gilt einfach nur noch als unschädlicher Schönheitsfehler! Diese Art Sozialpolitik macht sich schon sehr deutlich in der Unfallstatistik bemerkbar. Trotz vermehrter Unfälle wird die Zahl der Renten immer kleiner. Es betrug nämlich die Zahl

	1907	1910
aller Unfallverletzten	465 224	484 097
der bewilligten Entschädigungen	75 370	69 311

Während die Zahl aller Verletzten um 18 873 zunahm, sank die Zahl der neuen Unfallrenten um 6 059. Gleichzeitig stieg die Zahl der nur vorübergehend gezahlten Unfallrenten von 38 411 auf 39 768. Trotz der bedeutenden Zahl der Unfallverletzten sank die Zahl der neuen Dauerrenten — ausschließlich der Todesfälle — von 30 851 auf 24 258. Auf Kosten der Allerärmsten wird gespart — und das nennt man dann Sozialpolitik!

Literarisches.

Reichstagswahlen und Gemeindepolitik. Mit dieser Überschrift bringt die neuen zur Ausgabe gelangte Nr. 5 der "Kommunale Praxis" einen äußerst aktuellen Artikel, dessen Lektüre für die Gemeindevertreter und Stadterordneten sehr zu empfehlen ist. Auch der weitere Inhalt der "Kommunale Praxis" ist wichtig und zeigt erneut die Bedeutung, die diese Zeitschrift für alle Kommunalpolitiker hat. Die "Kommunale Praxis" erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 Mk. Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die bereits erschienenen Nummern nachgeschickt. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Expeditionen entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H. Berlin S. W. 68.

Quittung.

Für den Brecksfond gingen ein:
Organisierte Väter 5.— Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stöwing. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und
Kommissionssitzungen

D. T. V.

Vorstandssitzung
Mittwoch 8 1/2 Uhr.

Heute morgen 6 1/2 Uhr entschlief
nach längerem Leiden im 81. Lebens-
jahre mein lieber Mann, der sich
bis zum
Chr. Ludw. David Schliecker.

Dies zeigen tiefbetäubt an
Frau **Sophie Schliecker**,
geb. Dubbe,
Sohn nebst Frau und Enkelkinder.
Lübeck, den 5. Februar 1912.

Die Beerdigung findet Donnerstags
tag 2 Uhr von der Kapelle des Vor-
werk Friedhofs aus statt.

Am Montag morgen um 9 Uhr
entschlief nach kurzer Krankheit
meine liebe Frau u. treuerforgebende
Mutter

Johanna Hüper geb. Saughaus
im 49. Lebensjahre. Tief be-
trauert von

Anton Hüper nebst Kinder,
Johann Langhans nebst Frau,
Lübeck, den 5. Februar 1912.

Die Trauerfeier findet am
Freitag morgen 10 1/2 Uhr von
der Kapelle vor dem Burgtor
aus statt.

Sonntag morgen 1 1/2 Uhr ent-
schlief sanft und ruhig nach langem
Leiden, in ihrem fast vollendeten
55. Lebensjahre, meine innigst ge-
liebte Frau und meiner 4 Kinder
treuerforgebende Mutter

Emma Burmester
geb. Koop.

Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, d. 7. Februar, mittags 2 Uhr,
von der Kapelle Vorwerk aus statt.

Fr. Burmester u. Kinder.

Für die vielen Glückwünsche an-
lässlich unserer silbernen Hochzeit
danken herzlich.

J. Zubmann und Frau.

Zum 1. Juli eine Wohnung mit
Zadca, passend für jedes Geschäft,
zu vermieten.

Glandorpstraße 1,
Näheres Friedenstraße 43.

Eleg. Damen-Maschinenstühle zu
vermieten Wehhoffstraße 1, 1.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling
für meine Schlosserei u. Fahrradrep-
aratur. **H. Krehne, Schwartau.**

Für Zahnelidende!

Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne
ohne Herausnahme der Wurzel
unter Garantie der Brauchbarkeit
beim Essen.

Teilzahlung gestattet.
Marcks, Breite Straße 56
p. 10 - 1 u. 4 - 6 Uhr.

Beim Einkauf von Mehl, Getreide
und sonstigen Waren
"Siegerin"
"Palma"
"Mokka"

Arb.- u. Berufs-Kl.

J. H. Pein, Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpf.

**F. W. Heyde, Klein-
str. 33.**

Bäckereien

Paul Burmester, Lübeck, Laube 43.
Dampf-B. u. Kesself.

J. Eixmann, grube 47.
H. Jürgens, Warendorferstr. 57.

R. Kasch, Fleischhauerstr. 2.
W. Krahn, Packenb. Allee 57a.

Ad. Hinzelmann, Weststr. 23.
Feine Schwarz- u. Weißbrot.

**B. Plath, Schütten-
Lübeckstr. 2**
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.

Central-Beerdigungsinstitut

A. Brodersen, Aegidienstr. 16.
Pauline 15. Särge
L. Herbig, in allen Preislagen

C. Thiessen & Sohn,
Wahlstr. 79. Oberer großer Beerd.
Eigene Leichen- u. Transportwagen

L. Eick, Lager für Särge.
Reisekoffer, Gr. Lager in
L. Herbig, Holz- und Metallwaren

Beschl. Anstalten

H. Pasch, Gr. Gröpelgrube 14.
"Hansa" J. Dettmann
Beckergasse 51

L. Eick, Warendorferstr. 21.
Friedrichsallee 7.



Für unsere Leser!

Ein hochinteressantes Originalwerk
Die französische Revolution
in Wort und Bild.
Geschenkband, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier
gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text
bieten wir unseren Lesern
zum Ausnahmepreis von **3.— Mk.** an.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von **Fr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

Ein wertvolles Buch für jedermann ist
Der Ratgeber
für das praktische Leben.
Hand- und Nachschlagebuch für alle
Angelegenheiten; praktischer Hausarzt
und Rezeptbuch nebst einem Anhang
enthaltend: Wörterbuch der neuen Recht-
schreibung, Zinsenberechnungs- u. andere
Tabellen. — 1200 Illustrationen und
Kunstbeilagen.
Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes **2,75 Mk.**
nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von **Fr. Meyer & Co.**

Masken-Kostüme
für Herren u. Damen
in großer Auswahl
zu vermieten.
G. Will, Wahnstraße 34, 1.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gesandt werden
Gegenstände aller Art, als: Mobili-
en, Stoffe etc. im Lagerhaus und
Expeditions-Geschäft **Fischergr. 52.**

General-Versammlung
der
Sterbefälle der Maurer
Lübecks
am Freitag, den 9. Februar
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Wahlen.
3. Bericht des
Der Vorstand.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Hasenfelle,
Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc.
Pferdehaare,
Mähnen, Kuhschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.

Achtung Maler!

Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 7. Februar
abends 8 1/2 Uhr präzis
Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gegeben.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen
ist dringend notwendig.
Der Vorstand.

Achtung!
Lastdienearbeiter!
Sektions - Versammlung
Mittwoch, 7. Febr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Wahlen.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
NB. Der Tagesordnung halber
haben nur im Transportarbeiter-
verband organisierte Kollegen zu
dieser Versammlung Zutritt.
Mitgliedsbücher legitimieren.
Der Vorstand.

Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.
**Vertrauensmänner-
Versammlung**
am Mittwoch, 7. Februar
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Sämtliche Vertrauensmänner haben
zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
Die Mitglieder-Versammlung am
Mittwoch, dem 7. Februar, findet
nicht statt.
Der Vorstand.
Zu dem am
Donnerstag, den 8. Februar,
stattfindenden
Grünholz-Essen
ladet freundl. ein
H. LEMBKE, Engelsgrube 07.
Anfang 10 Uhr morgens.

**Verband deutscher
Gastwirtsgehilfen.**
Ortsverwaltung Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 7. Febr.
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Die Tagesordnung wird in der
Versammlung bekannt gegeben.
Die Ortsverwaltung.

Wilhelm-Theater.
Am Mittwoch, dem 7. Februar:
Benefiz-Ball der Bedienung
zu welchem febl. einladet
Die Bedienung.

UNIVERSUM.
Das lustige
Heiar. Kalnberg-Ensamble
(10 Personen).
Beg. abds. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
va. h. d. Vorstellung: Kaharett.

Hansa-Theater.
Telephon 610. Telephon 610.
Dir. Reinh. Gollbach.
8 1/2 Uhr 8 1/2

Gastspiel Harry Waldens
in
„Sein Herzensjunge“
sowie
erstklassige Spezialitäten.
Les Lansaz
Les Romanis
The 4 Atlantics.

Vorverkauf: Sager, Zigaretten-
geschäft, Rohmarkt, Niemeier,
Zigaretten-Geschäft, Breite Straße 63.
Telephon 1593.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 7. Februar. 8 Uhr.
Bei kleinen Preisen!
Der Rodelzigeuner.
Operette von Josef Snaga.
Donnerstag, 8. Februar. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 121. Donnerstag-Ab. 21.
Neu einstudiert!
Was ihr wollt.
Festspiel von Shakespeare.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint
dreimal
wöchentlich

Den Lesern bei
Einkäufen auf's
beste empfohlen

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann,
Hansastr. 75.
Kieler Schloßbrau
H. A. Wulf
Unterstraße 96
Fernspr. 1274

Drogerien
W. Hohenschild, Marist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlentstr. 38.
Germania-Drogerie
Hüxstr., Ecke Königstr.

Friseur, Parfüm.
Johs. Kähn, Rätzweg Allee 42a.
Galant-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Kurz-Weiss-Wollw
O. Sinnenwald, Lindenstr. 39
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackeng. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Roth,
Festler & Rothmann - Nähmasch.
Franz Busse, Wahnstr. 42.
Rich. Israel, Allee 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.
St. Gertrud-Fahrradhaus, Job. Meier,
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.
Schwartau, Lübb.-St.
H. Krohne, 71. Rep. Sämtl. Ersatzl.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus-u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackeng.
Lübeck, Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Loris Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a
Rudolph Karstadt, Eutin.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
I. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Brennmaterialien
H. Schmitt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wulbrandt, Rosenarien 10.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marist. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 91.
Aug. Prösch, Mühlentstr. 38.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am
Platz. Vollendetste Vorführ. leb-
der, singender, sprechender Photogr.

Möbelmagazine
Hilte & Bloch, Möbel-Fabrik,
Mölsing, Allee 60.
Detail-Verkauf in der Fabrik
Mühlentstr. 47,
St. Annenstr. 20.
Wohnungseinrichtungen z. billigen Pr.

Butter-, Käsehdig.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Fackeng. Allee 90.
L. Philipp, Tägl. feinste Tafelbutter
W. Ruckstein, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Fliesen u. Wurstw.
Hans Gerds, Eiswagstr. 1a.
H. Anschütz
Prima Fleisch und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Mölsing Allee 4.
Gottlieb,
Königsstr. 104.
Gothknecht, Beckergasse 30.
Carl Joost, Weststr. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
F. Lenzke, An der Mauer 41a.
F. Möck, Kupferschmiedestr. 68.
Wilh. Pöner, Fabrik mit elektr. Beir.
J. Schöber, Gr. Burgstr. 23.
Gust. Zach, Kotwitzstr. 32.
K. Voller, Pldesloe, Brunnenstr. 2.
K. Voller, Pldesloe, Brunnenstr. 2.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei u. Co.
Amme Lübecks utterernte
von Milchprodukten aller Art

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxstr. 12

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marist. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 91.
Aug. Prösch, Mühlentstr. 38.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei u. Co.
Amme Lübecks utterernte
von Milchprodukten aller Art

Cigarrenhandlg.
A. Burmester, Lübeck, Fackeng. Allee 48
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Klacke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Klitzsch, Engelsgrube 80.
Paul Hartward, Seidblitzstr. 13. Ci-
garett, garten, Tabake
Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.
Conrad Rothke, Fischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Slavenstr. 8.
Wilh. Bähak, Eutin, Lübeckstr. 34.

Fliesen u. Wurstw.
Hans Gerds, Eiswagstr. 1a.
H. Anschütz
Prima Fleisch und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Mölsing Allee 4.
Gottlieb,
Königsstr. 104.
Gothknecht, Beckergasse 30.
Carl Joost, Weststr. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
F. Lenzke, An der Mauer 41a.
F. Möck, Kupferschmiedestr. 68.
Wilh. Pöner, Fabrik mit elektr. Beir.
J. Schöber, Gr. Burgstr. 23.
Gust. Zach, Kotwitzstr. 32.
K. Voller, Pldesloe, Brunnenstr. 2.
K. Voller, Pldesloe, Brunnenstr. 2.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei u. Co.
Amme Lübecks utterernte
von Milchprodukten aller Art

**Dampfwäsch-, Plättan-
st.**
Groß-Bauplätscherei, Ferner
Wäsche-Verleih-Institut T. 1622
Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 61
u. Fernspr. 2214
W. Krüger, Warendorferstr. 21, Petzerstr. 1c.

Fliesen u. Wurstw.
Hans Gerds, Eiswagstr. 1a.
H. Anschütz
Prima Fleisch und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Mölsing Allee 4.
Gottlieb,
Königsstr. 104.
Gothknecht, Beckergasse 30.
Carl Joost, Weststr. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
F. Lenzke, An der Mauer 41a.
F. Möck, Kupferschmiedestr. 68.
Wilh. Pöner, Fabrik mit elektr. Beir.
J. Schöber, Gr. Burgstr. 23.
Gust. Zach, Kotwitzstr. 32.
K. Voller, Pldesloe, Brunnenstr. 2.
K. Voller, Pldesloe, Brunnenstr. 2.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei u. Co.
Amme Lübecks utterernte
von Milchprodukten aller Art

**Dampfwäsch-, Plättan-
st.**
Groß-Bauplätscherei, Ferner
Wäsche-Verleih-Institut T. 1622
Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 61
u. Fernspr. 2214
W. Krüger, Warendorferstr. 21, Petzerstr. 1c.

Fliesen u. Wurstw.
Hans Gerds, Eiswagstr. 1a.
H. Anschütz
Prima Fleisch und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Mölsing Allee 4.
Gottlieb,
Königsstr. 104.
Gothknecht, Beckergasse 30.
Carl Joost, Weststr. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
F. Lenzke, An der Mauer 41a.
F. Möck, Kupferschmiedestr. 68.
Wilh. Pöner, Fabrik mit elektr. Beir.
J. Schöber, Gr. Burgstr. 23.
Gust. Zach, Kotwitzstr. 32.
K. Voller, Pldesloe, Brunnenstr. 2.
K. Voller, Pldesloe, Brunnenstr. 2.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei u. Co.
Amme Lübecks utterernte
von Milchprodukten aller Art

**Dampfwäsch-, Plättan-
st.**
Groß-Bauplätscherei, Ferner
Wäsche-Verleih-Institut T. 1622
Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 61
u. Fernspr. 2214
W. Krüger, Warendorferstr. 21, Petzerstr. 1c.

Fliesen u. Wurstw.
Hans Gerds, Eiswagstr. 1a.
H. Anschütz
Prima Fleisch und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Mölsing Allee 4.
Gottlieb,
Königsstr. 104.
Gothknecht, Beckergasse 30.
Carl Joost, Weststr. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
F. Lenzke, An der Mauer 41a.
F. Möck, Kupferschmiedestr. 68.
Wilh. Pöner, Fabrik mit elektr. Beir.
J. Schöber, Gr. Burgstr. 23.
Gust. Zach, Kotwitzstr. 32.
K. Voller, Pldesloe, Brunnenstr. 2.
K. Voller, Pldesloe, Brunnenstr. 2.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei u. Co.
Amme Lübecks utterernte
von Milchprodukten aller Art

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Billigste Bezugsquelle für
Öfen, Herde, Gaskocher, Grundöfen
Adolf Bergfeldt,
Ferrut 672, Mühlentstr. 35 und 40

Putz u. Modewaren
B. Böhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Stankstr. 33.

Schreibwaren
Lübeck.
Aug. Burmester, Fackeng. Allee 48.
M. Maxein Wwe., Moialg Allee 40a.
Mühlentbrücke 2a.
Elsa Paulsen, Spez., Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartweg, 39. Reparatur.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Gönzmer, Fackeng. Allee 10b.
Hüxstr. 46. So-
F. Wichmann, Hingel Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Bouleko, Lübeck, Königstr.
49b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergasse 20.

Trikot-, Strumpfwar.
E. Ehrert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Uhrstr.
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.
2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
Uhrmacher
August Büttner, Hüxstr. 32.
Willi Westfahner, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxstr. 3. T. 1935.
Fischergrube
Friedr. Oite, 43, empfiehlt
Prima Weine und Spirituosen.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 5. Februar 1912.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 25. Min. vom ersten Stellvertreter des Vorsitzers, Fenne, eröffnet.

Heinsohn (zur Geschäftsordnung) hätte gerne gesehen, wenn sein Initiativantrag nicht wieder an den Schluss der Tagesordnung gestellt worden wäre; er hofft endlich dessen Erledigung.

Der erste Senatsantrag lautet: Austausch von Grundstücken in Travemünde mit der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft.

Vöhs hofft, daß in der Zwischenzeit recht viele Herren das Terrain angeschaut haben. Als die Kommission daselbst in Augenschein nahm, hatte kein Bürgerchaftsmitglied eine Ahnung, daß dieser Weg verkauft werden sollte, denn niemand sei im Besitz einer Karte gewesen. Er sei dieses Kostlosen Verlebens wegen im Grundbuchamt, beim Finanzdepartement und auf dem Katasteramt gewesen, und da habe man ihn von einem zum andern gewiesen. Der Weg sei heute noch im Besitz der Gemeinde Travemünde, wenn auch die Bahn sich ein Kürzungsrecht erlaubt habe. Wie denkt sich das Finanzdepartement die Regelung der Sache? Entweder wird der Weg überhaupt nicht oder nur zu einem angemessenen Preis verkauft, denn Notleidende wollen ihn nicht erwerben. Auch über die Bodenbewegung, die die Lübeck-Büchener Bahn vorgenommen hat, ist keine Klarheit geschaffen. Die Bahn hat auch früher einen Streifen Land beim Parkhotel erworben, das zur Erweiterung des Strandbahnhofs dienen sollte. Überhaupt wurde das Terrain nicht abgekauft, was eine selbstverständliche Pflicht des Katasteramts gewesen wäre. Eine Karte ist uns nicht vorgelegt worden, denn bekanntlich „Streifen“ die Steinrunder. Hauptfrage ist, daß die Baupläge in Travemünde genügend Raum zu Vorgärten haben. Jetzt kann nach der Karte W. G. keine Rede davon sein. Das Finanzdepartement hat es bis jetzt nicht für nötig erachtet, einen Preis anzugeben; seit 8 Tagen inferiert es Preise an der Fehlingstraße in Travemünde zum Preise von 5 bis 6 Mark pro Quadratmeter, während der frühere Preis auf 6 bis 7 Mark festgesetzt war. Redner macht noch auf verschiedene Druckfehler in früheren Berichten aufmerksam und bittet dem Kommissionsbericht zu folgen, der 9245,75 Mk. mehr für den Staat herausbringt.

Senator Dr. Fehling: Der Senat hat sich nur gegen die Unrichtigkeiten der Kommission gewandt und recht gehalten. Ihm wurde seinerzeit vorgeworfen, daß eine Behörde sich nicht rechtzeitig mit der andern maßgebenden Behörde in dieser Sache in Verbindung gesetzt habe. Der Senat war verpflichtet, hierüber Klarheit zu geben. Er hat es getan und legt die Entscheidung in die Hände der Bürgerschaft.

Senator Rabe geht im einzelnen auf die Äußerungen von Vöhs ein und behauptet, daß auch mit den kleineren Bauplägen in Travemünde auszukommen sei. Der Preis wurde um 1 Mk. pro Quadratmeter herabgesetzt, um den Anbau zu beschleunigen. Alles andere sei aktenmäßig festgelegt.

Grünau bedauert, daß niemals der Gemeindevorstand in Travemünde befragt wird. Wäre dies der Fall, würden alle Erörterungen hier überflüssig sein. Gewiß habe beim Badewesen, das auch noch auf der Tagesordnung stehe, das Finanzdepartement zu verfügen; Schaden würde aber auch nicht, wenn die Travemünder Gemeindebehörde vorher gehört würde. Vierhundert Quadratmeter sind von der Bahn in Besitz genommen worden, obgleich sie der Gemeinde Travemünde gehören. Auch ein weiteres Stück hat die Eisenbahn ohne Widerspruch des Staates mit Beschlag belegt und das Finanzdepartement handelte ähnlich mit Baden der Gemeinde. Vielleicht hatte die Bahn die Absicht, den Weg der Gemeinde zu übergeben. Der Preis von 6 Mk. pro Quadratmeter ist angemessen. Am besten

wäre es, wenn die Bahn das umliegende Land noch erwerben würde; sie kann es mit der Zeit gebrauchen.

Senator Dr. Fehling: Das Finanzdepartement wurde beauftragt, der Lübeck-Büchener Bahn das nötige Areal zu überweisen und den Preis festzusetzen. Eine weitere Erhöhung ist heute nicht angebracht.

v. Schack hebt hervor, daß das Terrain in der Nähe der Bahn entwertet worden sei. Wenn in der Fehlingstraße 6-7 Mk. pro Quadratmeter bezahlt werden, kann der Boden doch an die Lübeck-Büchener Bahn nicht für 4,01 Mk. verkauft werden. Das ist eine Bevorzugung der Bahn gegenüber unsern Mitbürgern. Ist der Preis gesunken, kann ja auf 5 Mk. herabgegangen werden. Wir könnten ja schlecht sein und 10 Mk. von der Lübeck-Büchener Bahn verlangen, denn sie ließ sich das Terrain damals ohne Preisfestlegung überweisen. Der Kommissionsvorschlag muß angenommen werden.

Senator Rabe befreit, daß die Bahn an der Entwertung des umliegenden Geländes schuld sei. Von 7 Mk. sei niemals die Rede gewesen. Einen Platz, der mit einer Baubefreiung belegt sei, könne man nicht so teuer verkaufen.

W. G. weist den Vorwurf zurück, daß die Bürgerschaft schuld sei, wenn die jetzigen Preise zu klein seien. Man könne nicht von jedem Mitgliede verlangen, den ganzen Plan voranzuschauen. Das sei Sache der Behörde, der der Vorwurf gebühre. Die ganze Anlage der Fehlingstraße in Travemünde sei verkauft, auch die Bahnhofsanlagen seien ungenügend. Wir hätten keine Ursache, der Lübeck-Büchener Bahn etwas zu schenken.

Senator Dr. Fehling wendet sich nochmals gegen eine höhere Preisfestsetzung. Die Bürgerschaft hätte sich im Jahre 1907 wohl genau informieren sollen, was sich aus der Fehlingstraßenanlage ergeben könne.

Buchwald: Das Finanzdepartement war bei der Preisfestsetzung der Meinung, daß die Bahn den Boden zum öffentlichen Wohl gebrauchte und deshalb der Einstandspreis genügend sei. Gebraucht die Bahn das Gelände nicht mehr zu Bahnzwecken, ist sie verpflichtet, dieses zum gezahlten Preis zurückzugeben.

Der Kommissionsantrag, der eine Mehrforderung von 9000 Mk. in sich schließt, wird hierauf angenommen.

Aber die Abstimmung des Senatsantrages findet eine längere Debatte statt, die sich um formale Weiterungen aus der beschlossenen Annahme des Kommissionsbeschlusses dreht und in der

Senator Dr. Fehling erklärt, daß die neuen Beschlüsse der Bahn nicht einfach diktiert werden könnten. Es müßten neue Verhandlungen eingeleitet werden.

Der Senatsantrag wird abgelehnt. Ein weiterer Senatsantrag betrifft den Erwerb des Eigentums an Erbpachtstellen in Krempelesdorf durch die Firma Hübner & Co., G. m. b. H.

Förster hält es für gefährlich, wenn ein Grundstück jetzt verkauft wird, das später beim Ausbau einer Ringstraße wieder teurer zurückgekauft werden muß. Das Terrain unterstehe zudem der Landbauordnung, die keine Baubefreiung kenne. Redner beantragt kommissarische Beratung.

Senator Rabe hat gegen eine solche nichts einzuwenden.

Pent (Bülowitz): Wenn die Städter ihre Wohnungen weiter belasten wollen, haben wir nichts einzuwenden; wir wenden uns aber dagegen, die Verteuerung des Bauens auf Land zu verpflanzen. Dadurch würden die landwirtschaftlichen Produkte noch mehr verteuert, was nicht im Interesse einer industriellen Stadt liege. Der Staat sollte endlich einmal jedem Besitzer von Grund und Boden sein freies Eigentum überlassen und die Reallasten aufheben, die jeden Kredit schmälern. Das Finanzdepartement sei in diesem Falle ein Gegenstück des Raubrittertums, das zur Zeit des Faustrechts und der Gewalt geherrschet habe.

Der Vorsitzende verbittet sich eine Kritik des Finanzdepartements und weist den Vorwurf raubritterlichen Handelns seitens des Finanzdepartements zurück.

Senator Dr. Fehling erklärt, der Staat habe hier einen äußerst günstigen Vertrag abgeschlossen, es wäre nur zu wünschen, daß im Interesse des Staatswesens mehrere solche folgten.

Schotelig gratuliert den Senat zu dem Vertrag. Er geht des näheren auf die Parzellierungsfrage im Krempelesdorfer Gebiet und die Abföhrungsfrage ein. Leute, die im Krempelesdorfer Gebiet eine Fabrik bauen wollten, wurden nach Dänischburg verwiesen. Redner stellt einen Antrag auf baldige Aufhebung der Reallasten.

Senator Dr. Fehling behauptet, daß ein Teil der Ausführungen des Vorredners mit der Vorlage nichts zu tun habe. Die Frage der Abföhrung der Reallasten werde beschleunigt werden. Vorläufig, ehe der Bauplan festgelegt sei, könne man sich nicht darauf einlassen, Fabriken zu errichten.

Senator Rabe widerspricht Schotelig ebenfalls. Vöhs teilt die Bedenken Försters in betreff des Bauplanes und der Landbauordnung und wünscht deshalb Kommissionsberatung.

Der Antrag Försters auf Kommissionsberatung wird angenommen.

Beim Antrag betr. die Errichtung einer Seebadeanstalt auf dem Brühl bei Travemünde beantragt

Vorherr (Broden), die Badeanstalt in jedem Jahre, wenn die Badeszeit vorüber ist, zu entfernen. Der Sturmfluten wegen sei die Vorfrage geboten.

Grünau begründet den Senatsantrag. Wenn bessere Sicherheitsvorrichtungen vorhanden gewesen wären, würde das Unglück im vorigen Jahre nicht passiert sein. Zu begrüßen ist ferner die Einrichtung von Luft- und Sonnenbädern, doch werde hierbei nur halbe Arbeit gemacht. Die Blanke sei zu klein, die Damen könnten keine Sonnenbäder nehmen, es sei denn, sie würden sich in Decken hüllen, wodurch der Zweck verfehlt würde. Redner bemängelt den Preis, der genommen werden soll, 20 Pf. für das Bad und 10 Pf. für Hin- und Rückfahrt zu viel. Ein Unbruch geschehe dadurch dem Travemünder Bad nicht; wer dorthin gehe, möge gesehen werden. Vielleicht gebe die Lübeck-Büchener Bahn Fahrkarten aus, die zum Bade auf dem Brühl berechtigten. Jedenfalls sei Kommissionsberatung zu empfehlen.

Senator Rabe glaubt, daß auch in andern Orten eine so scharfe Abgrenzung nicht mehr stattfindet, deshalb sei die von Grünau geforderte Blanke überflüssig. Innerhalb des Bades werde eine einfache Abgrenzung stattfinden. Die jetzige Badeanstalt müsse entlastet werden. Vor 6 Uhr morgens und nach 8 Uhr abends bleibe das Bad frei.

Jwan Meyer wünscht eine Änderung in der Badeszeit; bis jetzt seien Später- oder um die Mittagszeit Kommenbe auf die Liebenswürdigkeit des Bademeisters angewiesen. In diesem Jahre sollte endlich einmal dem Wunsche willfahren werden.

Senator Rabe ist von Beschwerden dieser Art nichts bekannt. Den Wünschen des Publikums wurde immer entgegengekommen. Da ihm es wendet sich gegen Kommissionsberatung. Ein Sehen und Gesehenwerden sei im Travemünder Bad Wunsch, eine Blanke überflüssig. Ferner sollte eine Kraftföhrer eingerichtet werden.

Dr. Gilbert ist der gleichen Ansicht. Die große Blanke um die Badeanstalt verzerrte den Gesamtanblick. Die Rettungsgeräte müßten länger freigelegt werden, und insbesondere im Volksbad und auf dem Brühl sollten Tafeln errichtet werden, die auf das unschöne Umherwerfen von Butterbrotpapier aufmerksam machen.

Senator Rabe: Es wird mehr Rücksicht als bisher ausgeübt werden.

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(12. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Wo wollen sie denn hin, Gretchen?“ fragte Frau Schöler, vom Kaffeetisch aufstehend, mit erstauntem, mißbilligendem Blick.

Die Aufgeregte drehte sich wieder nach dem Zimmer um. Ihre Lippen zuckten.

„Nach dem Lazarett,“ gab sie flüsternd zurück. In Frau Schölers Gesicht stieg die Hitze starker Entzündung. Sie schüttelte heftig mit dem Kopf.

„Aber,“ schalt sie, „so kommen Sie doch zu sich!“ Was sollen denn die Leute denken? Sie wissen ja nicht, was Sie tun.“

Das unglückliche junge Mädchen zitterte unter diesen herben, zurechtweisenden Worten, wie unter Rutenstreichen. Eine fliegende Rote breitete sich für einen kurzen Moment über ihr Antlitz, im nächsten Augenblick war sie wieder totenbleich; ihr Kopf rückte krampfhaft aufwärts, ihre Knie bebten, sie öffnete den Mund halb, leuchtend, schluckend nach Atem ringend. Blöglisch sank sie, ohne einen Laut von sich zu geben, zu Boden.

Die beiden erschrockenen Damen schrien laut auf. Mit Hilfe des rasch herbeieilenden Hausmädchens wurde die Ohnmächtige auf das Sofa gebettet. Sie erholte sich rasch und konnte sich schon nach Verlauf einer halben Stunde in Begleitung des Mädchens auf den Heimweg begeben.

Frau Schöler aber war sehr ungehalten und gab ihrer Tochter gegenüber ihrem Unmut rüchhaltigen Ausdruck. Wie man sich als junges Mädchen nur so gehen lassen könne! Welch ein Mangel an Selbstbeherrschung! Überhaupt, was sich die Unbedachte einbildet! Ob sie etwa glaube, daß Paul ihre törichten Gefühle erwidere? Der wisse denn doch zum Glück, was er sich und seiner Familie schulde, und bege einen tieferen Ehrgeiz, als sich mit der Tochter eines Handwerksmeisters, der Schwester eines Angestellten im Geschäft seines Vaters, zu verklempern. . . .

Sinen weniger aufgeregten Verlauf nahmen die Besuche, die sich in den nächsten Tagen einstellten. Da war zuerst der Herr Oberst und Regimentskommandeur, der den Eltern des jungen Offiziers persönlich sein Mitgefühl ausdrückte und ihnen gegenüber seinem Wunsche auf eine baldige Genesung Ausdruck gab. Darauf folgten Major von Vollenhagen und andere Offiziere, die in der letzten Zeit gesell-

schaftliche Beziehungen zu der Familie des reichen Fabrikbesizers angeknüpft hatten. Besonders für Frau Schöler war es ein rechtes Labial in diesen trüben Tagen, zu sehen, zu welcher hoher sozialer Schätzungen sie bereits in der Stadt gelangt waren.

Nicht Tage nach dem Duell wurde den Angehörigen des Verwundeten der erste Besuch im Krankenhause gestattet. Die Eltern waren tief ergriffen, als sie sich dem Schmerzenslager ihres Sohnes näherten, der ihnen bleich, sich zu einem schwachen Lächeln zwingend, entgegenah. Herr Schöler war fast noch mehr erschüttert als seine Frau, wenn er es auch nicht äußerlich so an den Tag legte wie diese. Aber tief in seiner Brust empfand er ein starkes heißes Gefühl der Liebe für den einzigen Sohn. Und er legte in dieser Minute das erste Gelübde bei sich ab, daß er kein höheres, heiligeres Gefühl hegen wolle, als seine Vaterliebe, und daß ihm nichts zu schwer fallen solle, um das Glück seiner Kinder zu begründen.

Helene kämpfte gleich beim Eintritt in das düstere, schmucklose alte Haus, dessen Wände einen betäubenden Geruch von Karbol ausströmten schienen, und in dessen Korridoren in gestreifte Mittel gekleidete hübsche Gestalten mit bleichen, eingefallenen Gesichtern herumwankten und humpelten, mit einem heftigen Unwohlsein. Die Luft in dem Krankenzimmer bedrückte sie und verlegte ihr fast den Atem. Sie verlor selbst ihre frische Farbe und hielt sich nur mit Mühe aufrecht. Als ein wahres Glück empfand sie es, daß sie Professor Richard an ihrer Seite hatte, der, ihren Zustand erkennend, nicht müde wurde, ihr Mut zuzusprechen, und der sie rasch mit seinen Armen stützte und sie sanft auf einen Sessel niedergleitete ließ, als sie unter einem plötzlichen Schwindel zu wanken begann.

Auch auf dem Heimweg bot er ihr seinen Arm an und geleitete sie, hinter ihren Eltern mit ihr folgend, bis zu ihrem Hause. Im dämmrigen Korridor verabschiedete er sich von ihr. Sie standen sich ein paar Minuten allein gegenüber. Herr und Frau Schöler hatten schon die Wohnung betreten. Helene reichte ihm herzlich die Hand, in dem Blick ihrer zu ihm aufgeschlagenen Augen lag ebensoviel Dankgefühl wie Vertrauen, Bewunderung, Danksage.

Da schien mit einem Male eine unwiderstehliche Gemütsbewegung über den Mann zu kommen. Er streckte seine Arme nach ihr aus, und im nächsten Moment ruhte sie an seiner Brust. Sie machte nicht den geringsten Versuch, sich ihm zu entziehen und sie duldeten es auch widerstandslos, ergeben, als er sich jetzt zu ihr hinabbeugte und sie küßte. Sie schmiegt sich mit unwillkürlicher Gebärde fester an ihn.

War er nicht der schönste, der stärkste, der klügste von allen, das Ideal des Mannes?

Es war nur eine Sekunde, während der sie in seinen Armen hing, aber dieser kurze Moment wog die glücklichsten Stunden ihres Lebens auf.

„Süßes, kleines Lieb!“ flüsterte er, sie freigebend.

Die drei abgedroschenen Worte klangen den ganzen Abend über in ihrem Herzen wieder.

Eine unvergleichlich schöne, seltsame Zeit begann für Helene Schöler. Es war wie eine stillschweigende Verabredung zwischen ihnen, daß keiner den Eltern das heimliche Verhältnis verriet. Aber gerade in diesem Heimlichkeit, in den verstohlenen, stillen Händedrücken, in dem verschwiegene Austausch von Blicken geheimen Einverständnisses lag ein unendlicher Reiz.

Erst sechs Wochen später, als Paul Schöler als Rekonvaleszent aus dem Lazarett entlassen worden war, und in die Villa seiner Eltern überföhrte, um hier seine gänzliche Genesung abzuwarten, erklärte sich Professor Richard den Eltern der heimlich Geliebten.

Frau Schöler war durchaus nicht erstaunt. Ihren scharf beobachtenden Augen waren die Anzeichen einer wachsenden Annäherung zwischen den beiden jungen Leuten nicht entgangen. Dagegen war der Fabrikbesitzer sehr überrascht und nicht einmal angenehm, als ihm seine Gattin kurz vor der Erklärung des Professors die ersten Andeutungen machte und ihn auf die kommenden Dinge vorzubereiten begann.

Professor Richard! Er habe nichts gegen diesen Herrn. Im Gegenteil, sein gewandtes, gewinnendes Wesen, seine ganze imponierende Persönlichkeit habe ihm längst Hochachtung und Sympathie abgedröht. Aber er habe nie an eine Verbindung zwischen seiner Tochter und jenem gedacht, sondern einen ganz andern Plan gehegt. Da sein Sohn nicht Kaufmann geworden sei, so habe er immer fest darauf gerechnet, daß einmal Helensens künftiger Gatte die Fabrik übernehmen sollte. Was denn nun aus dem Etablissement, das er mit so viel Fleiß und so viel Sorge und Mühe errichtet und emporgedröht habe, werden solle? Die Fabrik liege ihm am Herzen und sei ein Stück von ihm selbst. In ihr konzentriere sich, was Tüchtiges an ihm sei; sie verfordere gewissermaßen seine Arbeitskraft, seine Ausdauer, seine technische und kaufmännische Begabung. Die Idee, daß seine Fabrik einmal nach seinem Tode oder bei eintretender Arbeitsmüdigkeit einfach eingehen sollte, sei ihm ebenso unerträglich wie der Gedanke, daß eines seiner Familienmitglieder vor ihm sterben könnte.

Borchert (Brodten) spricht nochmals für seinen Antrag.

Ziele ist gegen Kommissionsberatung und wünscht...
Grünau: Ich beabsichtige nicht, das ganze Bad zu...

Senator Rabe: Der Abbau geschieht in jedem Jahre...
Borchert zieht seinen Antrag zurück.
Der Senatsantrag wird angenommen.

Der folgende Antrag lautet: Vermietung der...
Dahm kann die Klasseneinteilung bei den Strand...

Senator Rabe: Die Strandkörbe sind in den An...
Niemann (Schluter) spricht ebenfalls gegen den...

Senator Rabe widerpricht dem. Der Wächter sei seit...
Grünau: Das Finanzdepartement macht mit der...

Der Verpächter hat auch bedeutend mehr eingenommen...
Die Ausbreitung seines Betriebes ist seiner Tüchtigkeit...

Senator Rabe: Der Wächter ersuchte selbst in jedem...
Borchert erwidert die Wünsche der Abfindungs...

Dr. Ziehl wendet sich gegen eine etwaige Verun...
Senator Rabe hat nichts gegen eine Kommissionsber...

Lippert läßt sich über das Beschränkungsrecht der...
Senator Rabe: Bis jetzt könne niemandem verwehrt...

Senator Rabe: Das ist nicht der Fall, des...
Bandholz (Büßau) wünscht ebenfalls Kommissions...

Senator Dr. Neumann: Das ist absolut nicht...
Hent (Wülmisch): Bis heute haben die Gemein...

Dr. Rähler: Der heutige Zustand entspricht nicht...
Kommissionsberatung wird angenommen.

Beim Antrag betr. die Zulassung der Schlu...
Rähler an die Revision der Stempelord...

Senator Dr. Vermehren in zustimmendem Sinne...
Der Antrag wird genehmigt.

Debatteles angenommen wird auch dieser Antrag...
Ang. Wape (zur Geschäftsordnung) wünscht...

Senator Dr. Fehling: Die Anträge würden aller...
Stellung: Man könnte dem Senat zustimmen...

Dr. Ziehl wünscht die Zustimmung des Senats...
Senator Dr. Fehling stellt mögliche Berücksichtigung...

Beim folgenden Antrag betr. die Ersetzung der...
Senator Dr. Vermehren eine Erklärung ab, aus der...

Senator Dr. Vermehren eine Erklärung ab, aus der...
Der Antrag wird genehmigt.

Erlaß eines Gesetzes über die Haftung...
Dr. Wittern erinnert an die Möglichkeit des...

Dr. Wittern erinnert an die Möglichkeit des...
Der Antrag wird genehmigt.

Erlaß eines Gesetzes über die Haftung...
Dr. Wittern erinnert an die Möglichkeit des...

Dr. Wittern erinnert an die Möglichkeit des...
Der Antrag wird genehmigt.

Dr. Wittern erinnert an die Möglichkeit des...
Der Antrag wird genehmigt.

Dr. Wittern erinnert an die Möglichkeit des...
Der Antrag wird genehmigt.

Senator Dr. Fehling: Die Badeverwaltung ist be...
Senator Rabe macht auf in Aussicht genommene...

Senator Rabe macht auf in Aussicht genommene...
Der Wittern beantragt Schluß der Debatte.

Der Schlusstrang wird angenommen.
Grünau Antrag auf Kommissions...

Grünau Antrag auf Kommissions...
Debatteles genehmigt werden diese beiden Anträge...

Debatteles genehmigt werden diese beiden Anträge...
Beim folgenden Senatsantrag, die Umwandlung...

Beim folgenden Senatsantrag, die Umwandlung...
Rähler stimmt für die Vorlage und erinnert an die...

Rähler stimmt für die Vorlage und erinnert an die...
Lippert: Solange der Vorsitzende einer Kommission...

Lippert: Solange der Vorsitzende einer Kommission...
Ziele weist auf die Überlastung einiger Kommissions...

Ziele weist auf die Überlastung einiger Kommissions...
Der Senatsantrag wird angenommen.

Der Senatsantrag wird angenommen.
Der nächste Antrag lautet: Abänderung der...

Der nächste Antrag lautet: Abänderung der...
Hent (Wülmisch) wünscht Kommissionsberatung.

Hent (Wülmisch) wünscht Kommissionsberatung...
Senator Dr. Neumann hat gegen eine Kommissions...

Senator Dr. Neumann hat gegen eine Kommissions...
Legt menor (Wolking) ist der Ansicht, daß es gar...

Legt menor (Wolking) ist der Ansicht, daß es gar...
Senator Dr. Neumann: Die neue Bekanntmachung...

Senator Dr. Neumann: Die neue Bekanntmachung...
Prösch (Harmsdorf) wünscht Kommissionsberatung...

Prösch (Harmsdorf) wünscht Kommissionsberatung...
Senator Dr. Neumann: Das ist nicht der Fall...

Senator Dr. Neumann: Das ist nicht der Fall...
Bandholz (Büßau) wünscht ebenfalls Kommissions...

Bandholz (Büßau) wünscht ebenfalls Kommissions...
Senator Dr. Neumann: Das ist absolut nicht...

Senator Dr. Neumann: Das ist absolut nicht...
Hent (Wülmisch): Bis heute haben die Gemein...

Hent (Wülmisch): Bis heute haben die Gemein...
Dr. Rähler: Der heutige Zustand entspricht nicht...

Dr. Rähler: Der heutige Zustand entspricht nicht...
Kommissionsberatung wird angenommen.

Kommissionsberatung wird angenommen.
Beim Antrag betr. die Zulassung der Schlu...

Beim Antrag betr. die Zulassung der Schlu...
Rähler an die Revision der Stempelord...

Rähler an die Revision der Stempelord...
Senator Dr. Vermehren in zustimmendem Sinne...

Senator Dr. Vermehren in zustimmendem Sinne...
Der Antrag wird genehmigt.

Der Paragraph könne keine landesgesetzliche Kraft...
Senator Dr. Fehling: Die Ausführungen Dr.

Senator Dr. Fehling: Die Ausführungen Dr...
Dr. Rähler macht juristische Einwände geltend...

Dr. Rähler macht juristische Einwände geltend...
Senator Dr. Fehling sieht in den Vorschlägen...

Senator Dr. Fehling sieht in den Vorschlägen...
Dr. v. Brocken: Die Kommissionsmitglieder...

Dr. v. Brocken: Die Kommissionsmitglieder...
Die Änderung Dr. Rählers wird angenommen...

Die Änderung Dr. Rählers wird angenommen...
Erlaß von Gesetzen über die Beaufsichti...

Erlaß von Gesetzen über die Beaufsichti...
Dr. Schlomer erkennt in der Senatsvorlage...

Dr. Schlomer erkennt in der Senatsvorlage...
Für den folgenden Antrag, betr. die Gewäh...

Für den folgenden Antrag, betr. die Gewäh...
Kröger ein. Die Verhältnisse drängen dazu...

Kröger ein. Die Verhältnisse drängen dazu...
Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag wird angenommen.
Zweiggleisiger Ausbau der Straßenbahn...

Zweiggleisiger Ausbau der Straßenbahn...
Wöbs hätte gern die Gründe gehört, warum die...

Wöbs hätte gern die Gründe gehört, warum die...
Senator Straß: Die Lieferlegung der Sandbergs...

Senator Straß: Die Lieferlegung der Sandbergs...
Stellung: Wenn man die Vorlage genau prüft...

Stellung: Wenn man die Vorlage genau prüft...
Kommt einem unwillkürlich die Frage, ob der...

Kommt einem unwillkürlich die Frage, ob der...
Senator Straß: Die Lieferlegung der Sandbergs...

Senator Straß: Die Lieferlegung der Sandbergs...
Stellung: Wenn man die Vorlage genau prüft...

Stellung: Wenn man die Vorlage genau prüft...
Kommt einem unwillkürlich die Frage, ob der...

Kommt einem unwillkürlich die Frage, ob der...
Senator Straß: Die Lieferlegung der Sandbergs...

Senator Straß: Die Lieferlegung der Sandbergs...
Stellung: Wenn man die Vorlage genau prüft...

Stellung: Wenn man die Vorlage genau prüft...
Kommt einem unwillkürlich die Frage, ob der...

Kommt einem unwillkürlich die Frage, ob der...
Senator Straß: Die Lieferlegung der Sandbergs...

Senator Straß: Die Lieferlegung der Sandbergs...
Stellung: Wenn man die Vorlage genau prüft...

Stellung: Wenn man die Vorlage genau prüft...
Kommt einem unwillkürlich die Frage, ob der...

Kommt einem unwillkürlich die Frage, ob der...
Senator Straß: Die Lieferlegung der Sandbergs...

kauf worden, wie der Vorredner behauptet. Ein Gutachten besagte, daß der Kauf nicht zu teuer war. Zudem sind ja seinerzeit 150 000 Mk. für verbrauchte Schienen in Ansatz gekommen. Die Weichen in der Israelsdorfer Linie bedürfen alle einer Erneuerung, und jede kostet 2500 Mk. Beim 6-Minuten-Betrieb macht das große Kosten aus. Herr Stelling ist in bezug der Straßenbahnen schwer zu befriedigen. Er hat die Behauptung aufgestellt, das Geld für die warmen Getränke sei aus der Unterstützungskasse entnommen, auf die die Angestellten keinen Einfluß hätten. Das Geld ist, wie es sich gehört, aus den Betriebskosten entnommen. Der Lohn für Werkstättenarbeiter soll vom 1. April ab erhöht werden. Ich bitte die Bürgerchaftsmittglieder meine folgende Bemerkung genau zu beachten. Herr Stelling benutzte jede Gelegenheit, um die Verwaltung der Straßenbahn anzugreifen. Ich habe alle Fragen eingehend beantwortet und alles richtig gestellt, weil ich hoffte, Herr Stelling werde endlich einmal mit diesen Ausführungen aufhören. Ich erkläre nun, daß ich in meinen Entgegnungen in Zukunft die allergrößte Zurückhaltung wahren werde und glaube, daß Sie aus meinem Schweigen keine Anerkennung für Herrn Stelling herauslesen werden. Seine Ausführungen sind nur ein Glied in der Kette bewußter Agitation, die nicht zum Nutzen der Straßenbahner ist. Das kann man von Herrn Stelling nicht erwarten. Am 24. Oktober 1910 erklärte er, wenn nichts gefschehe, würden wir noch einmal etwas anderes erleben. Er hat damals die Straßenbahner zum Ungehorsam aufgefordert und erschwert uns die Arbeit in jeder Weise. Die Straßenbahn hat zuerst dem Verkehr zu dienen, sie dient aber auch nicht zum wenigsten dem Vorteil unserer Angestellten. (Lebh. Beifall b. d. bürgerl. Mehrheit; Zwischen b. d. Sozialdemokraten.)

Stelling: Ich will zuerst auf den ersten Teil der Senatsantwort eingehen. Senator Straß sagte, der zweigleisige Ausbau sei nicht auf die Witterung eines Sommers zugeschnitten; davon war bei mir keine Rede. Es handelt sich um wenige Sommer-Sonntage und da heißt es sich wohl überlegen, ob man dafür 125 000 Mk. verausgaben will. Ich bin der Meinung, daß wir wohl oder übel gezwungen sind, mit schlechten Sommern zu rechnen. Der Herr Senator sagte allerdings, der zweigleisige Ausbau erlaube uns, einen jederzeit zur Verfügung stehenden Wagenpark aufzustapeln. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Es sind schon zuviele Verprechungen gemacht und nicht gehalten worden, auf die ich nicht nur, sondern auch Herr Dr. Wittern hingewiesen hat. Ob Ihnen das, was ich ausführe, paßt oder nicht, ist mir Wurst. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der mangelhafte Betrieb wurde hier häufiger kritisiert. (Unruhe.) Heute noch läßt man an vielen Sonntagen die Anhängerwagen in der Halle stehen, jedenfalls damit sie nicht nah werden. (Widerpruch.) Fragen Sie doch die Herren, die die Bahn benutzen; wenn diese den Mut dazu haben, müssen sie sich hier ebenso äußern. Mit meiner Behauptung, wir hätten die Kasse im Sacke gekauft, hatte ich nicht so unrecht. Als ich einmal auf den schlechten Gleiszustand in der Fackenburg Allee hinwies, wurde mir doch geantwortet, wir hätten alles Gleise zum Teil mitübernehmen müssen. Heute klingt es anders. Einmal so, ein andermal so! Auf anderer Seite wurden stets die schlechten Finanzen hervorgehoben, deshalb müssen wir prüfen, ob nicht gespart werden kann. Ich will die Vorlage ja garnicht ablehnen, sondern nur einmal genau geprüft haben. Weiter sagt Senator Straß, ich sei schwer zu befriedigen und wirft mir dann vor, ich hätte behauptet, die Gelder für die Wagen seien der Unterstützungskasse entnommen. Ich will nicht vom „Er“ reden, wie es der Senator mir gegenüber getan hat. (Zuruf: Sehr gut!) Ich habe gefragt, ob sie daraus entnommen sind. (Zwischenruf.) Dann muß ich an Ihrem Begriffsvermögen zweifeln. Ich habe die Frage gestellt und das ist mein gutes Recht. Weil ich genaueres wissen wollte, habe ich die Unterstützungskasse angeführt. Den Straßenbahnern ist nichts von einem Mitbestimmungsrecht des Arbeiterausschusses an dieser Kasse bekannt. Wenn man den Straßenbahnern durch Strafgeleider Verpflichtungen für die Kasse auferlegt, ist es nicht mehr wie gerecht, ihnen auch Rechte zu gewähren, und wenn sie diese haben, muß es den Angestellten bekannt gemacht werden. Die Arbeiterausschussmitglieder dürfen nicht sagen, was in den Sitzungen gesprochen wird. Wir haben also keine Verbindung zwischen Arbeiter und Behörde. (Hört, hört!) Der Senator Straß sagt weiter, ich hätte bei jeder Gelegenheit die Verwaltung angegriffen. Das ist zunächst nicht der Fall. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich greife die Verwaltung nicht an, sondern kritisiere bloß. Das ist ja mein gutes Recht, das ich für mich in Anspruch nehme. Es ist meine Pflicht als Bürgerchaftsmittglied, das Interesse auf dieser Sitzung wahrzunehmen. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Senat ermahnt mich, endlich damit aufzuhören. Ich lasse mir aber keine Vorschriften machen, auch vom Senat nicht; ob der Senat auf meine Beschwerden antwortet oder nicht, ist mir völlig gleichgültig. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Er bringt so nur zum Ausdruck, daß es sich nur um Straßenbahner und Arbeiter handelt, und für die hat der Senat dann nach seinen letzten Ausführungen kein Wort mehr übrig. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei andern Beamtenstellungen gibt der Senat eine derartige Erklärung nicht ab. Herr Straß wirft mir bewußte Agitation unter Straßenbahnern vor. Ich gebe nichts auf solche Redensarten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wie sind von der überwiegenden Mehrzahl der läßlichen Wähler hier hergeschickt (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und bringen das zum Ausdruck, was notwendig ist. Wir haben nicht nur das Recht dazu, sondern die Pflicht, würden wir's nicht tun, dann gehörten wir nicht auf den Posten, auf dem wir stehen. (Sehr gut! bei den Soz.) So mancher von Ihnen ist informiert von dem, was ich heute vorgebracht habe, aber leider bleibt Ihre Unterstützung aus. (Hört, hört!) Wenn man sich hier hinschaut — die Herren Senatoren stehen ja nicht wie die Bürgerchaftsmittglieder beim Sprechen (Sehr richtig! bei den Soz.) — und behauptet, ich hätte zum Ungehorsam aufgefordert, so weiß ich nicht, was ich dazu sagen soll! Man beschränkt einer Kategorie von Leuten das Recht der freien Vereinigung und Versammlung (Hört, hört! bei den Soz.) und da sagte ich, als man ihre Unterschrift erprekte, sie möchten sich trotzdem organisieren, um dadurch zu beweisen, daß sie erkannt haben, wie sie ihre Lage verbessern können. (Sehr gut! bei den Soz.) Auf andere Art erreichen sie doch kein williges Ohr. Ich habe die Verwaltung absolut nicht erschwert. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo Sie zugeben werden, daß die Lage der Straßenbahner geändert werden muß. Sprechen Sie doch die Leute selbst, wie weit sie mit einem Tagelohn von 3,30 Mk. kommen bei den teuren Zeiten, da bekommen Sie andere Antworten, selbst von den Leuten, die weit entfernt davon sind, als Sozialdemokraten angesprochen zu werden. Mit Palliativmitteln ist hier nichts getan. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es kommt hier auf genügende Entlohnung an und da greife ich mit allem Nachdruck ein, ob es dem Senat paßt oder nicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Hier hätte die Mehrheit alle Ursache gehabt, mit ihrem Bravo zurückzuhalten; denn man hat der Bürgerchaft durch die Ausführungen vom Senatliche eine Maulwurfsgrube vergraben und ist direkt in die Falle hineingelaufen.

(Lebh. Zust. b. d. Soz., großer Widerspruch und Unruhe b. d. Mehrheit.)

Der Wortführer rüft letzteren Ausdruck als ungehörig und ruft den Redner zur Ordnung.
Senator Dr. Fehling legt Verwahrung ein gegen Stelling's Ausführungen, daß Wohl der Arbeiter liege dem Senat sehr am Herzen. Die letzten Ausführungen Stelling's berechneten die Antwort des Herrn Senators Straß.
Senator Straß: Der Arbeiterausschuss ist nicht verpflichtet, die ihm offiziell gewordenen Bescheide zu unterbreiten.
Dahms empfiehlt die Senatsvorlage.
Thiele freut sich über den zweigleisigen Ausbau nach Israelsdorf.
Stelling: Senator Fehling behauptet, sein Kollege habe ein ruhiges Schlusswort gehalten. Ich habe von Ruhe dabei wenig verspürt. Herr Senator Straß behauptet, der Arbeiterausschuss sei nicht verpflichtet, Stillschweigen zu bewahren. Vielleicht hat der Herr Senator die Sagenungen nicht durchgesehen; ich will ihm diese gern zustellen. In denselben steht nämlich ausdrücklich, daß über die Verhandlungen des Arbeiterausschusses Stillschweigen bewahrt werden muß. Auch Herr Senator Fehling hat für die Arbeiter ein warmes Herz befunden. Ich will Ihnen für dies warme Herz des Senats ein Beispiel anführen. Vor einem Jahre haben die Straßenreiniger um Aufbesserung ihrer Löhne um 7,50 Mk. pro Monat erlucht; bis heute sind sie ohne Antwort geblieben. (Hört, hört!) Dafür erklärte der Geschirremeister der versammelten Mannschaft, ein Senatsmitglied habe gesagt, die Straßenreiniger täten ja doch nichts, sondern kriechen auf der Straße herum. Was die noch für Zulage haben wollten. Mit dem warmen Herzen ist es also nicht weit her, sonst würde auch dafür gesorgt, daß den Straßenreinigern vor dem Holsten- und Mühlenort Frühstücksstellen errichtet werden, damit sie nicht gezwungen sind, ihr Frühstück in Pferdeställen einzunehmen. Es ist traurig genug, daß man dies immer wieder anführen muß. Wir stellen aber den Redensarten Tatsachen gegenüber.
Senator Straß: Die Bahn gibt seit Übernahme 40 000 Mk. mehr an Lohn aus, und hat die Arbeitszeit von 15 Stunden auf 11 herabgesetzt. Vom 1. April beträgt sie nur noch 10 Stunden.
Der Antrag Stelling auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.
Der Antrag I der Vorlage wird angenommen.
Wandke weist bei der Straßenveränderung auf die Bauvorschriften hin und ersucht jede Schädigung zu vermeiden.
Der Senat hat gegen die Überweisung des zweiten Teils der Vorlage an eine Kommission nichts einzuwenden. Diese wird auch beschlossen.
Es folgt die Beratung des Antrags Heinsohn: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die amtlichen Bekanntmachungen getrennt von einer Tageszeitung für sich herausgegeben werden können.
Heinsohn begründet seinen Antrag. Der jetzige Zustand sei unhaltbar. Bei der Annahme seines Antrags sei man nicht gezwungen, die „Lübeckischen Anzeigen“ zu abonnieren. Eine Änderung würde für die Gewerbetreibenden von Vorteil sein.
Buchwald spricht sich gegen den Vorredner aus. Ein Befehl und Verordnungsblatt bestreite bereits schon. Solten die Bekanntmachungen Wirkung haben, müßten sie in Verbindung mit einer Zeitung stehen. Es müsse ja nicht gerade das jetzige Amtsblatt sein, wenn auch die kleine Ausgabe des Amtsblattes völlig harmlos sei.
Hoff: Der Antrag ist nicht neu, schon Wiffell ließ Ihnen hierüber eine ausführliche Druckfahse zugehen, warum die amtlichen Bekanntmachungen von den „Lübeckischen Anzeigen“ getrennt werden müßten. Ich bin der Meinung, daß jetzt der Zweck nicht erreicht wird, die Bekanntmachungen dem großen Publikum zur Kenntnis zu bringen, denn das Blatt hat von den hiesigen Zeitungen die allerwenigsten Abonnenten. (Zuruf: Sehr richtig!) Die amtlichen Bekanntmachungen müßten in allen Zeitungen erlassen werden. Schon aus Reinlichkeitsgründen muß von den „Lübeckischen Anzeigen“ abgesehen werden. Ihnen ist gewiß nicht unbekannt, daß gegen die Zeitung der Vorwurf erhoben wurde, der Verlag habe die Interenten angeschwindelt und eine höhere Abonnentenzahl angegeben, als es in Wirklichkeit befißt. So hat der Verlag nicht allein den Vorteil von der aus Beilagen von Geschäftsleuten resultierenden überzähligen Makulatur, sondern er heimst auch noch den Preis für die zu hoch angegebene Auflagenziffer ein. Das ist glatter Betrug, um den sich einmal der Staatsanwalt kümmern sollte. Dieser Grund allein sollte dem Senat genügen, von der Zeitung abzurücken.
Heinsohn hat gegen die Tendenz des Amtsblattes nichts einzuwenden.
Köster wünscht eingehende Prüfung im Bürgerausschuss.
Dahms wendet sich gegen Hoff's Ausführungen und sucht diese zu entkräften. Ein entlassener Redakteur der „Lübeckischen Anzeigen“ habe dem „Volksboten“ Mitteilung gemacht. Der Verlag stehe in jeder Weise gerechtfertigt da. Er halte alles aufrecht. Wer Weh angreife besudle sich.
Aug. Pape kann Buchwald's Ausführungen nicht beipflichten: Er wünsche die Bekanntmachungen für sich herausgegeben.
Köwig: Das letzte von Dahms ausgesprochene Wort muß auch ich anwenden, wenn ich mich mit seinen Ausführungen beschäftige. Ich tue es dennoch, weil seine Behauptungen im strikten Gegensatz zu den Tatsachen stehen. Es kommt nicht darauf an, wer uns die Briefe übermittelt hat, sondern deren Inhalt ist maßgebend. Ich will hier erklären, daß der betreffende Brief vom Verlag geschrieben und von Dahms mit unterzeichnet wurde. Darin wird die Auflage der „Lübeckischen Anzeigen“ auf 7000 angegeben. Die betr. Briefe liegen in der Redaktion des „Volksboten“ und stehen Herrn Dahms zur Einsicht zur Verfügung. Ich weiß auch genau, daß andern Geschäftsleuten gegenüber wieder die Auflage des Amtsblattes auf 5500 Exemplare angegeben wurde. Auch das ist nicht wahr. Als verlangt wurde, endlich einmal die richtige Auflage anzugeben, weigerte sich die Geschäftsleitung, das zu tun und erklärte, sie habe überhaupt nie eine feste Auflage angegeben. Mein Freund Hoff hat ganz richtig ausgeführt, daß der Verlag die Interenten und Geschäftsleute belogen hat. Ein derartiges Blatt darf nicht mit dem Amtscharakter verknüpft werden. Ich hätte in dieser Sache das Wort nicht ergriffen, wenn nicht gerade Dahms den Verlag herauszureißen versucht hätte. Auch ich wurde von den „Lübeckischen Anzeigen“ verschiedentlich insam beschimpft. Es wurde mir u. a. vorgeworfen, ich sei im Amtsblatt vor 20 Jahren wegen Unfähigkeit entlassen worden. Das ist eine nichtwürdige Lüge. Wenn ein Bürgerchaftsmittglied in so infamer Weise von dem amtlichen Organ angegriffen wird, muß auch die Bürgerchaft von einem solchen Blatt abrücken.
Der Wortführer will diese Debatte nicht weitergeführt sehen.
Köwig: Ich wollte mit meinen Ausführungen nur darlegen, wie notwendig es ist, schon aus Reinlichkeitsgrün-

den den Antrag Heinsohn dem Bürgerausschuss zu überweisen. Es ist heute unbedingt erforderlich, das Amtsblatt von den „Lübeckischen Anzeigen“ zu trennen. Ein weiterer Grund ist der, daß beispielsweise die Anzeigen der Ober-Schulbehörde über die Anmeldung der Volksschüler, die Zahlung des Schulgeldes usw. in dem Blatte bekannt gemacht werden, welches von den Eltern der Kinder nicht gelesen wird, die die Volksschule besuchen. Auch das bedarf dringend der Änderung.
Dühring erklärt laut Artikel 50 der Verfassung diese Debatte für unzulässig.
Der Antrag von Heinsohn auf Überweisung an den Bürgerausschuss wird hierauf angenommen.
Schluß 11 Uhr 10 Min.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftsversammlung oder öffentliche Versammlung unter freiem Himmel? Das Kammergericht hatte am 7. November 1911 ein Urteil der Strafkammer in Frankfurt a. O. aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung zurückverwiesen. Danach war der Gewerkschaftsangehörte Jaak von Landarbeiterverband in eine Strafe genommen, weil er eine Anzahl zu einer Gewerkschaftsversammlung eingeladenen Arbeiter in einem Dorfe im Kreise Beckow aufgefordert hatte, ihm auf die Landstraße zu folgen, nachdem die Wirtin des einzigen Lokals im Ort die Abhaltung der Versammlung in der Gaststube verweigert hatte. Die Unterredung auf der Chaussee war als eine nicht genehmigte öffentliche Versammlung unter freiem Himmel betrachtet und Jaak vom zuständigen Schöffengericht zu einer Strafe von 50 Mk. verurteilt worden; in der Berufungsinstanz wurde die Strafe auf 10 Mk. ermäßigt. Das Kammergericht entschied, daß der Berufungsrichter den Begriff der Öffentlichkeit verkannt habe. Öffentlich sei eine Versammlung, wenn sie nach der Art ihrer Einberufung sich nicht auf eine der Person nach bestimmte Mehrheit beschränkt, sondern jedermann, oder doch eine unbestimmte Mehrheit Zutritt haben soll. Der Berufungsrichter hätte die nach dem Lokal einberufene (aber nicht zustande gekommene) Versammlung und dieselbe auf der Chaussee auseinanderhalten sollen. Es sei unrichtig, die letztere ebenfalls als eine öffentliche zu betrachten, weil die erstere öffentlich einberufen sei, denn die Versammlung auf der Landstraße ist dadurch zusammenberufen worden, daß der Angeklagte eine genau übersehbare und der Person — wenn auch nicht dem Namen nach — genau bestimmte Zahl von 8–10 Menschen aufgefordert, ihm zu folgen, und daß er sich mit der gleichen — übrigens erfolglosen — Aufforderung an den Radfahrerverein (der im Nebenzimmer tagte, d. B.) gewandt hat. So sagt das Kammergerichtsurteil und folgert daraus, daß nach der Art dieser Einberufung die Landstraßenversammlung nicht ohne weiteres als „öffentlich“ zu bezeichnen sei. Wenn nur die im Lokal aufgeforderten zur Versammlung Zutritt haben sollten, habe es sich nicht um eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel gehandelt. Das Berufungsgericht müsse feststellen, ob auf der Chaussee sich Personen befunden hätten, für die die Möglichkeit bestand, sich der Versammlung anzuschließen und ob dieser Erfolg vom Veranstalter vorausgesehen und gewollt sei.

Die Frankfurter Strafkammer, an welche die Sache zurückverwiesen war, hätte am 26. Januar zu einer glatten Freisprechung kommen müssen, denn nach einer seit einhundert Jahren bewiesenen Rechtsaufnahme waren die vom Kammergericht an den Begriff der nichtöffentlichen Versammlung geknüpften Voraussetzungen glatt erwiesen. Nicht nur, daß auf dem sechsständigen Fußmarsch von und zu der Bahn dem Angeklagten kein Mensch auf der Landstraße begegnet war, auch im Dorf selbst war nach den übereinstimmenden Befundungen der drei Zeugen des Staatsanwalts kein Mensch auf der Straße. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft bemühte sich krampfhaft, dem Fall das nötige sozialdemokratische Mäntelchen umzuhängen und erreichte deshalb auch wieder eine Verurteilung. Der Vorsitzende (der nebenbei bemerkt als Kandidat der Reichspartei einige Tage vorher in der Stichwahl gegen den Genossen Giebel unterlegen war) begründete das neue Urteil und damit den Begriff der „Öffentlichkeit“ mit dem Verhalten des Angeklagten, der vor dem Verlassen des Lokals die Anwesenden, auch die Radfahrer, nochmals zum Mitgehen aufgefordert habe. Diese Auffassung des Gerichts steht im direkten Widerspruch mit der Entscheidung des Kammergerichts und wird von diesem in der wiederum einzulegenden Revision sicher korrigiert werden.

Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne. Nach einer telegraphischen Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“ haben der Bergbauverein und der Zechenverband an die dem Kohlenyndikat angeschlossenen Zechen ein Schreiben gerichtet, in dem die Zechen zu einer Abwertung veranlaßt werden sollen, wie sie bei einem Inkrafttreten der erhöhten Kohlenpreise am 1. April über eine allgemeine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne denken. Der telegraphischen Mitteilung ist beigefügt, daß die Abicht bestehen soll, ungefähr die Hälfte des durch die Preiserhöhung von den Zechen erzielten Mehrgewinns zur Aufbesserung der Bergarbeiterlöhne zu verwenden.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Mißhandlung einer Sandproletarierin vor Gericht. Auf dem Gute Wilmsdorf bei Templin war die Frau eines Landarbeiters durch eine schwere Unterleibsoperation in ihrer Arbeitsfähigkeit schwer beeinträchtigt. Sie kam deshalb nicht mehr so oft wie sonst zur Arbeit auf dem Gutshof. In einem Tage im Sommer vorigen Jahres begegnete die Frau auf der Landstraße dem Bruder des Gutseigeners, dem als Verwalter tätigen Kurt Jiffand. Dieser ritt sein Pferd dicht vor die Frau, schrie sie an, weshalb sie nicht öfter zur Arbeit komme und hatte auf die Entgegnung der Frau, die Folgen der schweren Operation hinderten sie an harter Arbeit, nur die Antwort: „Hau le Sau, faules Schwein, ich sch... auf eure Operation.“ Dann ließ er sein Pferd vor der Frau hoch aufbäumen, hieb ihr mit der Reitpeitsche einigemal über ihren Kopf, sprang dann vom Pferd und schlug die Bedauernswerte derart mit der Faust vor die Brust, daß sie rücklings in den Graben an einen Zaun flog, wo sie liegen blieb. Wer weiß, was geschehen wäre, wenn sich nicht der Gemeindevorsteher eines benachbarten Ortes, der eben mit seiner Tochter des Weges fuhr, ins Mittel gelegt hätte. Der Brüggherr war über die Störung aufs höchste entrüstet und wies den eingreifenden Ortsvorsteher mit den Worten zurück: „Das gehe ihn gar nichts an, was hier geschehe.“ Eine Anzeige der Frau beim Gendarmen hatte keinen Erfolg. Es sei nicht seine Sache, meinte der behördliche Hüter der Ordnung. Da wurde von anderer Seite eingegriffen und die Frau zur schriftlichen Anzeige und Stellung eines Strafantrags bei der Staatsanwaltschaft veranlaßt. Daraufhin mußte der Verwalter am Mittwoch als Angeklagter vor dem Schöffengericht in Templin erscheinen. Der Angeklagte leugnete, wendet aber ein — Notwehr gegenüber einer

